

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ Aktuell

Wachstum für M-V

■ Beschlossen

Haushaltsgesetz
2010 / 2011

■ Debatte

Umgang
mit SED-Diktatur

■ Ausblick

Bauen am
Schweriner Schloss

■ Empfang

Sternsinger
im Landtag zu Gast



27. Januar
1 / 2010

Seite 3

Spezial

Haushaltsgesetz 2010 / 2011

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**Wachstum beschleunigen –
Chancen für M-V ergreifen

Seiten 6 – 13

SpezialHaushaltsgesetz 2010 / 2011
Positionen der Fraktionen

Seiten 14 – 17

Weitere Themen:Nachbarrechtsgesetz
Bombodrom Kyritz-Ruppiner Heide
Hochschulpolitik

Seiten 18 – 24

Auszüge aus der Debatte:

Aufarbeitung der SED-Diktatur

Seite 25

Aus den AusschüssenInnenausschuss
Europa- und Rechtsausschuss

Seite 26 – 27

Schlossgeschichten

Bauen am Schloss 2010

Seite 28

ChronikSternsinger-Empfang
im LandtagTitelfoto (Angelika Lindenbeck):
Blick über den Burgsee auf das
Schweriner Schloss**Impressum**

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** PINUS produktionsbüro

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Das Einfache ist das Schwerste

*Elke Haferburg ist seit 1990 Journalistin.**Die gebürtige Stralsunderin volontierte beim „Greifswalder Tageblatt“ und wechselte 1993 zum NDR. Studioleitungen in Greifswald und Rostock sowie vier Jahre als Chefin der NDR 1 Welle Nord in Kiel folgten. Seit 2008 ist sie die Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Mecklenburg-Vorpommern.*

■ *20 Jahre Landesparlament – 20 Jahre Demokratie in Mecklenburg Vorpommern – 20 Jahre Landesverfassung – eine einst unglaubliche und doch schon alltägliche Erregungenschaft für uns Mecklenburger und Vorpommern. Erinnern wir uns doch nicht mehr täglich an die Zeit davor.*

An eine wahrhaft schreckliche, gespenstische Zeit: ohne demokratische Wahlen, sondern mit gefälschten oder erzwungenen Wahlergebnissen, ohne ehrlich gewähltes Parlament, ohne Meinungs-, ohne Pressefreiheit. Es herrschte Willkür – niemand nahm die Aufgaben des Parlamentes wahr – weder das Staatsoberhaupt wurde von ihm wirklich gewählt, noch wurde die Regierung kontrolliert, und schon gar nicht wurden Gesetze durch die Diskussion und den Sachverstand der Abgeordneten entwickelt und beschlossen. Die so genannte Volksvertretung war lediglich ein Feigenblatt für das diktatorische Handeln der Regierung.

Und da war das Volk, das wohl um den Betrug an ihm wusste und doch lange brauchte, sich davon zu befreien. Ein Volk, das sich dann aber ein Herz fasste und eine unglaubliche Tat vollbrachte: Eine friedliche Revolution mit dem Ergebnis, sich eine Volksvertretung aus den eigenen Reihen zu wählen. Einen Landtag, der mit vertrauenswürdigen Menschen besetzt wurde, mit Menschen, in die die Wähler in dem neuen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern eine unbeschreiblich große Hoffnung setzten.

Ein Landtag, der die Interessen des Volkes vertritt, einfacher gesagt, das befürwortet, was das Volk sich wünscht, was es verdient hat, was es mittragen kann! Eine schwierige Aufgabe für die jungen Parlamentarier – nicht immer jung an Jahren, mussten sie erst lernen, was sie sich erkämpft hatten: Demokratie – und schnell musste man feststellen, dass das in der Theorie wesentlich einfacher als in der Praxis ist. Plötzlich mussten sich Abgeordnete aus der Landwirtschaft mit Universitäten beschäftigen, Bauarbeiter mit Fischwirtschaft, Lehrer mit Werften.

Mein ungeteilter Respekt für alle die, die sich dieser Aufgabe gestellt haben und sich täglich stellen.

Trotz großen Engagements vieler Parlamentarier für die Demokratie erscheint diese Erregungenschaft zurzeit seltsam flügelahm. Politikverdrossenheit und daraus resultierende Wahlmüdigkeit greifen um sich.

Wir alle müssen uns die Fragen stellen: Worin liegt das begründet? Und, noch viel wichtiger: wie kann die Begeisterung für die Demokratie wieder entfacht werden? Nichts ist gefährlicher, als das hohe Gut der Demokratie mit Füßen zu treten – sich nicht mehr am Prozess der Demokratisierung zu beteiligen, indem die Wahlen ignoriert werden. Dass nur noch ein Teil des Volkes seine Vertretung wählt, dürfen Politiker nicht hinnehmen!

Sie müssen den Ursachen dafür auf den Grund gehen, sie müssen sich den Wählern stellen, sie müssen sich mit der Kritik auseinandersetzen. Sie müssen auch um Verständnis für unpopuläre Entscheidungen werben – und sie müssen immer wieder ihre Politik erklären.

Was zunächst einfach klingt, ist dann doch schwer – und vor allem mühsam: Demokratie muss gelebt werden!

Natürlich ist Schwerin gelegentlich zu weit entfernt vom eigenen Wahlkreis. Natürlich ist parlamentarische Arbeit eine, die allzu oft einen Kompromiss zum Ergebnis hat. Und natürlich ist die Bandbreite der zu behandelnden Themen riesig, sodass es manchmal nur für ein solides Halbwissen reicht.

Aber all das ist dem Wähler nicht fremd. Lebt er doch auch in einer Welt, die ihn immer wieder mit neuen, fremden, schier unlösbaren Problemen konfrontiert.

Es muss den Parlamentariern in Mecklenburg-Vorpommern, egal welcher demokratischen Partei sie angehören, gelingen, ein Teil des Volkes zu bleiben – oder es wieder zu werden.

Nur so kann Demokratie gelebt werden, und nur so können auch Mecklenburger und Vorpommern überzeugte Dauerwähler werden.

Elke Haferburg

Landtag beschloss Haushalt 2010 und 2011

Koalition will ohne Neuverschuldung auskommen

■ **Trotz aller Diskussionen um die öffentlichen Haushalte will die SPD/CDU-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern ihren Kurs halten und weiterhin ohne neue Schulden auskommen. Die Abgeordneten haben nach heftiger Debatte am 17. Dezember 2009 mit den Stimmen der Regierungsfractionen den Doppeletat für 2010 und 2011 verabschiedet. Die Ausgaben sollen bei etwa sieben Milliarden Euro jährlich konstant gehalten werden. Steuerausfälle in dreistelliger Millionenhöhe will das Land mit Hilfe der gebildeten Rücklagen ausgleichen. Am Etatentwurf der Landesregierung waren in der parlamentarischen Beratung Veränderungen im Umfang von 60 bis 70 Millionen Euro je Jahr vorgenommen worden.**

Nach Angaben von Finanzministerin **Heike Polzin** ist Mecklenburg-Vorpommern eines der wenigen Länder, die trotz Wirtschaftskrise und Steuereinbrüchen keine neuen Schulden machen. „Insgesamt werden die Bundesländer im kommenden Jahr Kredite von über 30 Milliarden Euro aufnehmen. Der Anteil unseres Bundeslandes daran beträgt 0,0 Euro“, hob Polzin hervor. Die solide Finanzpolitik mache sich nun bezahlt; in guten Steuerjahren sei gespart worden, der Personalabbau in der Verwaltung schreite kontinuierlich voran. Doch rissen Krise und Steuerensenkungen des Bundes auch in den Folgejahren tiefe Löcher in die Landeskasse. Der aktuelle Haushalt zeige Augenmaß. Das Land setze seinen Sparkurs fort, spare der Krise aber nicht hinterher. „Unsere Investitionsausgaben steigen, was der Wirtschaft in unserem Land helfen wird“, betonte die Ministerin.

Die oppositionelle Linke warf SPD und CDU indes vor, mit ihrem Etat den „schwerwiegenden Problemen und Herausforderungen des Landes nicht gerecht“ zu werden. „Sie gestaltet nicht, sie verwaltet lediglich“, bescheinigte **Helmut Holter** (DIE LINKE) der Regierung. Es werde versäumt, in die Zukunft zu investieren. Er plädierte als Reaktion auf die Wirtschaftskrise für die Aufnahme neuer Schulden durch das Land. Mit dem zusätzlichen Geld sollten Investitionen in zukunftssträchtige Technologien gefördert und die Handlungsfähigkeit der Kommunen gesichert werden. „Wir müssen jetzt die Grundlagen dafür schaffen, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen“, unterstrich der Fraktionschef der Linken.

Mit jeweils 15 Millionen Euro zusätzlicher Landesmittel würden die Bedingungen in Kitas und Schulen verbessert, sagte CDU-Fraktionschef **Harry Glawe**. „Wir haben den Kita-Bereich insgesamt monetär aufgewertet. Das zusätzliche Geld kommt benachteiligten Kindern zugute.“ Die Förderung von Familien bleibe ein „großes Thema“ der SPD/CDU-Koalition. Zudem könnten die Küstenfischer des Landes, die unter verringerten Fangquoten leiden, mit Finanzhilfen des Landes in Höhe von einer Million Euro rechnen.

SPD-Finanzexperte **Rudolf Borchert** hob Umschichtungen im Etat zugunsten des Sozialbereichs und der Bildung hervor. Pflegestützpunkte erhielten in den kommenden beiden Jahren jeweils 750.000 Euro mehr als geplant. Für Familienhebammen gebe es pro Jahr 100.000 Euro mehr, für Sozialverbände 200.000 Euro, sagte er. Insgesamt sei der Doppelhaushalt ein gelungenes Werk, das unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zustande gekommen sei. Die FDP kritisierte das Fehlen innovativer Ideen im Etat, echte Spareffekte blieben aus. So könne das Land durch die Zusammenlegung von Wirtschafts- und Verkehrsministerium zehn Millionen Euro sparen, sagte FDP-Fraktionschef **Michael Rooff**. Dagegen reichten die Investitionen in die Bildung bei weitem nicht aus. Dem Vorschlag der Linken, erneut Schulden zu machen, erteilte Rooff eine Absage.

Stefan Köster von der NPD sieht in dem Doppelhaushalt das „Ergebnis einer 20-jährigen Misswirtschaft“. Seine Fraktion habe Vorschläge für Einsparungen vorgelegt. So verpulvere das Land über eine Mil-



lion Euro für den Erhalt des Landesamtes für Verfassungsschutz. Weitere hunderttausende Euro könnten seiner Meinung nach eingespart werden, wenn die Zuschüsse an politische Jugendverbände, kommunalpolitische Vereinigungen der Parteien und an die parteinahen Stiftungen gestrichen würden. Auch sei die kostenintensive Kampagne „MV tut gut“ inzwischen „total gescheitert“. In Heimatbewusstsein dagegen solle investiert werden.

Mehr über die Positionen der Fraktionen zum Haushaltsplan 2010/2011 lesen Sie auf den Seiten 6 bis 13.

Hintergrund

Die Abgeordneten haben sich in 32 Sitzungen aller neun Fachausschüsse mit dem Entwurf der Landesregierung für den Doppeletat 2010/2011 befasst. Dabei nahmen sie Veränderungen im Umfang von insgesamt 130 Millionen Euro vor. Neben Mittelumschichtungen wurden auch zusätzliche Gelder eingestellt. Unter anderem Zinseinsparungen schufen laut Regierungskoalition Freiräume dafür. Am Ziel, keine neuen Schulden zu machen, wurde festgehalten. Die Oppositionsparteien beklagten, dass ihre Vorschläge kaum berücksichtigt wurden.

„Positives Denken statt Jammertal“

Aktuelle Stunde zu wirtschaftspolitischen Strategien

■ Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in Mecklenburg-Vorpommern wurde in der Aktuellen Stunde am 16. Dezember 2009 kontrovers im Landtag diskutiert. Die oppositionelle FDP, die das Thema „Wachstum beschleunigen – Chancen für MV ergreifen“ beantragt hatte, warf der Landesregierung falsche Weichenstellungen vor. Die Koalitionsfraktionen wiesen die Pauschalkritik zurück. Die Debatte fand wenige Tage nach dem Rückzug des dänischen Energiekonzerns Dong vom Kohlekraftwerk-Projekt in Lubmin statt.



Michael Roof, FDP



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel



Jochen Schulte, SPD

Wiederholt seien Investoren aus dem Land getrieben worden, beklagte FDP-Fraktionschef **Michael Roof** in der Debatte. Dong Energy hatte seinen Rückzug mit mangelnder politischer Unterstützung aus dem Land begründet. „Wir brauchen positives Denken und positives Handeln. Was wir nicht brauchen, ist ein Jammertal Mecklenburg-Vorpommern“, sagte Roof. „Und was wir in dieser schwierigen Zeit nicht brauchen, ist eine Landesregierung unter einem Ministerpräsidenten, die wiederholt Investoren aus diesem Land heraus treibt.“ Das Land brauche eine Aufbruchsstimmung. Dabei müsse der Bürger im Vordergrund stehen. „Nur wenn wir die Rahmenbedingungen schaffen, damit Wachstum kommt und Arbeitsplätze entstehen, können wir uns auch einen ausgewogenen, gerechten Sozialstaat leisten“, sagte Roof.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** (CDU), dessen Partei das Kohlekraftwerk im Gegensatz zur SPD befürwortet hatte, wehrte sich gegen die Vorwürfe der Liberalen. Ziel seiner Politik sei der Aufbau tragfähiger Wirtschaftsstrukturen und die Sicherung von Wachstum. In Bereichen wie dem Windkraftanlagenbau, dem Tourismus und der Gesundheitstechnik seien trotz der aktuellen Krise positive Entwicklungen zu verzeichnen. „Nur Umverteilung ohne Wachstum würde bedeuten, dass alle ärmer werden“, erklärte Seidel. Er bekannte sich damit auch zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung. Wachstum Sorge für mehr Arbeitsplätze und für Einkommen. „Wachstum hilft Mecklenburg-Vorpommern, am Ende zukunftsfähig und – das hoffen wir ja alle miteinander – auch finanziell unabhängig zu werden“, sagte der Minister.

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte** verwies auf die Verantwortung des Staates, Investitionsvorhaben nach gültigen Gesetzen zu prüfen. Der FDP warf Schulte vor: „Was Sie wollen, ist, dieses Land zu einer Bananenrepublik zu machen!“ Aber ein Rechtsstaat könne Investoren nicht ohne Prüfungen gewähren lassen. Es gebe kein einziges Beispiel im Land, das belege, dass die Politik Investitionen verhindert hätte. Letztlich seien es immer betriebswirtschaftliche Überlegungen, die zu Investitionen führen oder eben nicht. Die FDP übe lediglich Kritik, mache aber keinerlei konkrete Vorschläge. Sie habe nur Allgemeinplätze geboten, aber keine Perspektive. Die CDU werde innerhalb der Koalition in Berlin in Abgrenzung zur FDP künftig noch mehr soziales Gewissen zeigen müssen. Dies wird Deutschland und auch Mecklenburg-Vorpommern seiner Meinung nach guttun.



Helmut Holter, DIE LINKE

DIE LINKE bezog in ihre Kritik sowohl die SPD/CDU-Koalition als auch die FDP ein. Fraktionschef **Helmut Holter** forderte einen neuen Wachstumsbegriff. „Es geht um einen sozialökologischen Umbau. Es geht darum, Ressourceneffizienz vor Arbeitsproduktivität zu stellen“, sagte er. Er hält eine Konzentration der staatlichen Investitionsförderung auf zukunftsträchtige Branchen wie Ökoenergie und Gesundheitswirtschaft für notwendig. Es gebe zwar eine Reihe von Modellprojekten, doch fehle der Landesregierung eine schlüssige Gesamtstrategie. Zudem hält die Linke an ihrer Forderung fest, mehr Menschen in staatlich finanzierte Beschäftigungsprojekte aufzunehmen. Außerdem müsse die Bundesregierung angesichts drohender Jobverluste darüber nachdenken, die Kurzarbeiterregelung auf 24 Monate zu erhöhen.

Nach Meinung von **Vincent Kokert** (CDU) ist der Rückzug des dänischen Energieversorgers Dong Energy aus der Finanzierung des Kohlekraftwerkes Lubmin ein großer Verlust für Mecklenburg-Vorpommern. Auf Kohlekraftwerke könne in einem gesunden Energiemix derzeit nicht verzichtet werden. Seine Fraktion werde deshalb an diesem Standort und an dem Projekt festhalten. Er verteidigte das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung. Wer in Zeiten der Weltwirtschaftskrise die Nachfrage beleben



Vincent Kokert (CDU)

wolle, müsse den privaten Haushalten mehr Netto vom Brutto in der Tasche lassen. Dies gelte vor allem für Familien. So würden Kinderfreibeträge und Kindergeld erhöht. Damit würden Familien auch im Nordosten entlastet. Dies sei der richtige Weg.



Stefan Köster, NPD

Die NPD ist den Worten ihres Landtagsabgeordneten **Stefan Köster** nach froh, dass sich in Lubmin „Bürgerwille und Widerstand vor Ort endlich durchsetzen“. Ob die Bürger vor Ort aber „wirklich vor diesem Konzern geschützt sind, ist leider noch nicht raus“. Er hoffe, dass „die Landesregierung in Vertretung der SPD bei ihrer Meinung bleibt, dass dieses Kohlekraftwerk in Lubmin nichts zu suchen hat“. Bei dem Wachstumsbeschleuni-

gungsgesetz handele es sich um Klientelpolitik, kritisierte er. Gewinner des Gesetzes seien die Familien von Besserverdienenden. Zudem blieben die Bezieher von Arbeitslosengeld II bei der Bundesregierung auf der Strecke. Die Liberalen seien „Taschenspieler, die die Beträge von der einen in die andere Tasche zaubern, allerdings nach der Devise, Umverteilung von unten nach oben“, sagte er.



Mathias Löttge (CDU)

Mathias Löttge (CDU) verteidigte die Wirtschaftspolitik des Landes und des Bundes gegen die Kritik der FDP. Er nannte als positive Beispiele unter anderem die beiden Konjunkturpakete, die bereits Erfolge zeigten. Auch die Umsatzsteuerabsenkung auf sieben Prozent für die Hotellerie werde für die touristische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern „eine ganze Menge“ bringen. Zudem fördere das Land Investitionen zwischen Elbe und Oderhaff. „Natürlich bedauern wir einerseits, dass Dong nicht gekommen ist, andererseits leben Investitionen auch davon, dass man ein rechtsstaatliches Verfahren garantiert. Das hat die Landesregierung in diesem Fall getan. Das ist auch richtig so“, sagte der CDU-Politiker. Unterschiedliche Interessen müssten abgewogen und Unternehmen rechtssichere Investitionen garantiert werden.

Fotos: Uwe Balesvski

„Der Doppelhaushalt 2010/2011 ist ein gelungenes Werk“

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen keine neuen Schulden

■ Mit der Beschlussfassung des Landtages vom 17. Dezember 2009 können nun das Haushaltsgesetz mit seinen 14 Einzelplänen und das Haushaltsbegleitgesetz für die Jahre 2010/2011 am 1. Januar 2010 in Kraft treten. Der Gesetzgeber erteilt damit der Landesregierung die Ermächtigung, im Jahr 2010 Ausgaben in Höhe von 7.070,6 Mio. Euro und im Jahr 2011 in Höhe von 7.011,8 Mio. Euro zu leisten. Trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen ist es der SPD-Fraktion gelungen, wichtige sozialdemokratische Akzente zu setzen. Der Haushaltsplan ist eine gute Balance zwischen Konsolidierung, Investition und Vorsorge für die nächsten Jahre.

Übergeordnete Kriterien

für die SPD-Landtagsfraktion bei der Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs der Landesregierung waren:

Keine Neuverschuldung

Wichtigstes Ergebnis der parlamentarischen Beratungen ist aus Sicht der SPD-Fraktion, dass bei der Netto-Kreditaufnahme auch in den Jahren 2010 und 2011 wieder eine Null stehen wird.

Verbesserung der Haushaltssituation der Kommunen

Hierfür werden im Jahr 2010 18,75 Mio. Euro und für das Jahr 2011 11,43 Mio. Euro Landesmittel für den kommunalen Investitionsfonds, die Festschreibung der Mindestweitergabe der Wohngeld-Einsparung und die Erstattung für Zinslasten bereitgestellt.

Deckung von Mehrausgaben nicht aus gesetzlichen Leistungen

Die prinzipielle Übereinkunft, Mehrausgaben nicht aus gesetzlichen Leistungen zu decken, konnte eingehalten werden – auch wenn die Voten der mitberatenden Ausschüsse zum Teil anderslautend ausfielen. Dabei war hilfreich, dass eine Absenkung des Zinsausgabentitels zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden konnte. Profitiert haben davon die Einzelpläne des Innenministeriums, des Justizministeriums und des Ministeriums für Soziales und Gesundheit in unterschiedlicher Höhe mit einem Gesamtvolumen von 900.000 Euro.

Thematische Schwerpunkte

für die SPD-Landtagsfraktion waren:

Energiepolitik

Hier geht es darum, die Weichen für eine neue Energiepolitik zu stellen: Ausbau der erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz. Leider war es nicht möglich, dafür zusätzliche Haushaltsmittel in Ansatz zu bringen. Als ersten erfolgreichen Schritt in die richtige Richtung sehen wir aber die Anpassung bzw. Ergänzung in den Erläuterungen bei diversen Titeln in den Einzelplänen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und des Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Auf diese Weise wird besser nachvollziehbar, welche Fördermöglichkeiten es grundsätzlich gibt. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, die Einführung eines revolving Darlehensfonds unter Beteiligung des EU-Fonds ELER zu prüfen, sich für die Fortführung des Investitionspaktes energetischer Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur einzusetzen und zu prüfen, inwieweit EFRE-Mittel zugunsten erneuerbarer Energien umgeschichtet werden können. Darüber hinaus konnten wir ein positives Zeichen setzen mit der Umwandlung des geplanten Darlehens in Höhe von 450.000 Euro in einen Zuschuss von 600.000 Euro für das Informations- und Demonstrationszentrum für erneuerbare Energien (LINDEE) in Neustrelitz. Damit sind nun die Voraussetzungen für den Baubeginn im Frühjahr 2010 geschaffen.

Sozialpolitik

Hier konnten durch Umschichtungen in verschiedenen Bereichen Ansatzserhöhungen festgeschrieben werden:

- Zuschüsse für Pflegestützpunkte in Höhe von 750.000 Euro / Jahr. Diese dienen einer wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung von pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürgern gemäß § 92 c SGB XI.
- Ansatzserhöhung um 100.000 Euro / Jahr für „Frühe Hilfen“, wie zum Beispiel für Familienhebammen. Damit kann die Unterstützung von werdenden Eltern vor und nach der Geburt für eine gesunde Entwicklung und zum Schutz des Kindes verbessert werden.
- Zuschüsse in Höhe von 200.000 Euro / Jahr für Vereine und Verbände sowie an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Förderung der Familienpolitik.
- 150.000 Euro / Jahr zugunsten der Einrichtungen für Schuldner- und Verbraucherinsolvenz.



Rudolf Borchert,

finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen ist es der SPD-Fraktion gelungen, wichtige sozialdemokratische Akzente zu setzen. Der Haushaltsplan ist eine gute Balance zwischen Konsolidierung, Investition und Vorsorge für die nächsten Jahre.“

Eine Aufstockung der Haushaltsansätze zugunsten der Jugendberufshilfe und der Maßnahmen für Demokratie und Toleranz war leider mangels Deckung nicht möglich. Zur Unterstützung dieser Projekte und Maßnahmen wurde aber die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen der Mittelbewirtschaftung des ESF Gelder aus dem Zukunftsfonds bereitzustellen.

Bildungspolitik

Hier konnten aus Sicht der SPD-Fraktion wichtige Schwerpunktsetzungen durch Mittelumichtung aus dem Einzelplan des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vorgenommen werden:

- 436.600 Euro / Jahr zugunsten der Ausgaben im Hochschulbereich.
- 1.353.200 Euro / Jahr für Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung über das Weiterbildungsgesetz, für politische Stiftungen und politische Jugendverbände, für die Musikschulen, für Kinder- und Jugendkunstschulen, für Bibliotheken sowie für Schulabschlüsse an Volkshochschulen.

Rudolf Borchert: „Einen besonderen Erfolg sehen wir in der Erhöhung des Mittelansatzes für all diejenigen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen haben und nun eine zweite Chance erhalten, ihren Schulabschluss nachzuholen. Auf diese Weise kann vor allem auch die Alphabetisierungsquote in unserem Land weiter erhöht werden.“

Darüber hinaus haben wir erreicht, dass die Haushaltssystematik der Hochschulen auf die tatsächliche Ist-Kosten-Rechnung und die zu erwartenden Kostensteigerungen umgestellt wird. Im Rahmen der über das Personalkonzept bis 2017 noch zu erbrin-

genden Stellen ergibt sich langfristig ein Spielraum von jährlich 4,25 Mio. Euro für die Hochschulen. Dieses Geld verbleibt im System. Für die Versorgungslasten für neu einzustellende Beamte, die die Hochschulen ab 2010 zu tragen haben, werden ab 2010 jährlich aufwachsend 500.000 Euro bis 2,0 Mio. Euro vom Land zur Verfügung gestellt. Diese 2,0 Mio. Euro werden dann dauerhaft verstetigt. Rudolf Borchert: „Unser Ziel war es, die Hochschulen auch weiterhin leistungsfähig im bisherigen Umfang auszufinanzieren. Dies ist gelungen, und besonders erfreut bin ich darüber, dass dieses Ergebnis von allen vier demokratischen Fraktionen getragen wird. Das nenne ich ein positives Signal an unsere Hochschulen.“

Weitere wichtige Akzente

Nachdem die Heringsfangquote erneut erheblich abgesenkt worden war, sind viele Fischereibetriebe in Bedrängnis geraten. Das Land kann nun für die Kutter- und Küstenfischerei im Jahr 2010 auf Antrag bis zu einer Million Euro aus Mitteln des Landwirtschaftssondervermögens als Soforthilfe bereitstellen.

Für die Förderung des Sports ist es gelungen, zusätzliche Landesmittel in Höhe von 500.000 Euro / Jahr in Ansatz zu bringen. Damit können der Sportstättenbau sowie Projekte im Kinder- und Jugendsport gefördert werden. Rudolf Borchert: „Damit setzen wir ein deutliches Zeichen für die Förderung des Breitensports, was mich als Vorsitzender des Müritz-Sportclubs und aktiver Sportler besonders freut.“

So entsteht der Landeshaushaltsplan

Der Landeshaushaltsplan wird von der Landesregierung erarbeitet – seit 2002 als Zweijahreshaushalt (Doppelhaushalt). Die Erarbeitung des Haushaltsplans wird im Dezember des Vorjahres durch das Finanzministerium eingeleitet. Im März melden die einzelnen Ministerien ihre Vorstellungen beim Finanzministerium an. Das Finanzministerium verhandelt diese mit den Ministerien und erstellt den Entwurf des Haushaltsplans. Die Landesregierung beschließt diesen Entwurf im Juli und leitet ihn an den Landtag weiter. Dieser be-

rät über die Vorlage in Erster Lesung (Generalaussprache). Danach folgen die Detailberatungen im Finanzausschuss (federführend) sowie in den anderen Ausschüssen. In der Zweiten Lesung im Dezember berät der Landtag erneut über den Entwurf der Regierung und die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses und verabschiedet das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan. Der Ministerpräsident unterzeichnet das Gesetz und verkündet es im Gesetzblatt. Es tritt unabhängig vom Zeitpunkt seiner Verkündung jeweils am 1. Januar eines Jahres in Kraft.

„Ohne Neuverschuldung in die nächsten Jahre“

Mehr Geld für Kinder und Bildung

■ Für die CDU ergriffen in der Debatte der Fraktionsvorsitzende Harry Glawe, der finanzpolitische Sprecher Mathias Löttge und der bildungspolitische Sprecher Marc Reinhardt das Wort.

Keine neuen Schulden

„Es ist richtig, es ist die Stunde des Parlamentes“, begann **Harry Glawe** seinen Beitrag. „Ich hatte darauf hingewiesen, dass jetzt die Abgeordneten am Zuge sind und dass wir selbstbewusst an die Sache herangehen sollen. [...] Ein Blick in die Nachbarländer, bevor ich zum Inhalt komme, ist natürlich richtig: Niedersachsen zum Beispiel tagt heute auch und hat einen Haushalt von 25 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, aber eben auch Neuverschuldungen in einer Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Ich glaube, das hat Mecklenburg-Vorpommern nicht aufzuweisen. [...] Von daher bin ich allen Abgeordneten, aber natürlich auch der Regierung dankbar, dass wir hier ohne Neuverschuldung in die nächsten zwei Jahre gehen können.“

Schwerpunkte Bildung, Wirtschaft und Familien

Wir bringen einen Haushalt von etwa 7 Milliarden Euro auf den Weg. Ich denke, wir haben drei große Schwerpunktsetzungen. Das sind einmal die Frage von Bildung, die Förderung der Wirtschaft und die Förderung von Familien.

Familien sind einer der Meilensteine. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung darauf hingewirkt, dass ein Pakt für Familien im Land Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht wird. Wir werden diesem Weg der Förderung von Familien und Kindern in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin folgen [...]

Wir geben für Bildung und Kinder 30 Millionen Euro mehr [...] Wir wollen benachteiligte Kinder weiterhin stärken, und zwar gerade im Bildungsanteil, und das ist das Thema Bildung von Anfang an. [...] Ich will hier nur einmal darauf hinweisen, dass es auch um das kostenlose Vorschuljahr geht. 80 Euro pro Familie und deren Kind, das in diesen Genuss kommen wird, werden ausgereicht. Das ist eine Förderung von 960 Euro pro Jahr und das ist mehr als die Erhöhung des Kindergeldes auf der Bundesebene, meine Damen und Herren, um das hier auch mal sagen zu dürfen. Des Weiteren werden sozial schwache Familien und deren Kinder mit einem kostenlosen Mittagessen weiter unter-

stützt. [...] Es hilft 20.000 Kindern hier in Mecklenburg-Vorpommern. [...] ein weiteres Thema, was diese Koalition auf den Weg gebracht hat, und ich sage es mit Stolz: Diese Koalition hat auf Initiative der CDU dafür gesorgt, dass die Sportförderungen für die zukünftigen Leistungsträger, Olympioniken, Weltmeister, Europameister im Jugendbereich auf den Weg gebracht worden sind, plus Investitionen immerhin zusätzlich eine Million Euro mehr zum Landessportfördergesetz.

Kontinuität in der Koalition

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns mit diesem Haushalt im Land Mecklenburg-Vorpommern nicht zu verstecken, denn er bringt Kontinuität in die Arbeit unserer Koalition.

Wir wollen, dass Bildung und Wirtschaft vorankommen. Daher bitte ich um Unterstützung und um Zustimmung zum Haushalt“, schloss der CDU-Fraktionsvorsitzende Harry Glawe.

Nächster Redner der CDU war der bildungspolitische Sprecher **Marc Reinhardt**, welcher ebenfalls hervorhob, dass der Haushalt ohne neue Schulden auskomme und trotzdem in wichtige Bereiche investiert werde. „Das ist ein sehr guter Doppelhaushalt. Nun haben meine Vorredner bereits vieles gesagt, ich will auch auf einiges eingehen.“

Herr Holter [...] hatte ja hier als bekennender Betontechnologe einen interessanten Satz geprägt: Er ist dafür, in Köpfe und nicht in Beton zu investieren. Ich finde, wir sollten uns mit dem Thema ein wenig näher auseinandersetzen. Wenn er damit meint, dass wir verstärkt in Kinder, in mehr Lehrer und vielleicht auch in Essen an Kindertagesstätten investieren sollten, dann ist das richtig. Aber auf der anderen Seite, finde ich, ist es genauso wichtig, dass diese Leute in vernünftig ausgebauten Schulen und Universitäten sitzen und dort nicht frieren. Also wenn er meint, dass Investitionen in Schulen und Hochschulen auch Investitionen in Köpfe sind, dann kommen wir dem Ganzen schon ein wenig näher [...]

Mehr Geld für Kulturförderung

Ich will noch auf Herrn Koplitz eingehen, weil er ja gerade behauptet hat, für Kultur geben wir nicht mehr Geld aus. Ich will Ihnen ganz klar an Zahlen belegen, dass das nicht stimmt. Wir können mal mit dem Staatlichen Museum in Schwerin anfangen: Bis 2011 500.000 Euro mehr als im Doppelhaushalt 2008/2009.



Foto: Cornelius Kettler

Harry Glawe,

Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion:

„Wir brauchen uns mit diesem Haushalt im Land Mecklenburg-Vorpommern nicht zu verstecken, denn er bringt Kontinuität in die Arbeit unserer Koalition.“

Wir machen weiter bei dem Landesamt für Kultur und Denkmal, bis 2011 pro Jahr zwei Millionen Euro mehr als 2008/2009. Allgemeine Bewilligung – Kunst und Kultur steigt von 13,9 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 15,3 Millionen Euro im Jahr 2011. Das sind also für Kultur in diesem Land im Doppelhaushalt 2010/2011 pro Jahr circa fünf Millionen Euro mehr. Davon zu sprechen, dass das weniger ist, kann ich beim besten Willen nicht verstehen [...]

Politische Bildung stärken

Ich will zum Schluss noch etwas zur politischen Bildung sagen. Auch hier haben wir in der politischen Weiterbildung Akzente gesetzt. Wir verstetigen das Projekt „Demokratie auf Achse“, wo ein Bus das ganze Jahr durchs Land an Schulen fährt und dort mit Kindern und Jugendlichen sehr aktiv Demokratie erlebbar macht [...]

Und so muss ich sehen, dass dieser Doppelhaushalt ganz klare Zeichen für die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern setzt. Er kommt ohne neue Schulden aus, setzt ganz klare Prioritäten und deshalb können ihm auch eigentlich alle zustimmen“, schloss Marc Reinhardt.

Ein „Weiter so“ muss nicht schlecht sein

Letzter Redner der CDU war der finanz- und tourismuspolitische Sprecher **Mathias Löttge**. Er griff insbesondere die Linke an. „Herrn Holter. Da muss ich einmal sagen, eine Politik des „Weiter so“ muss nicht schlecht sein, nämlich wenn man Politik und insbesondere auch Finanzpolitik in der Vergangenheit sehr gut gemacht hat und auch so beibehalten möchte, dann darf man ruhig so weitermachen. Ich glaube, die Finanzpolitik, die die Große Koalition in den zurückliegenden Jahren gemacht hat und auch mit diesem Doppelhaushalt weiter verfolgt, ist gut. [...] Und wenn nun permanent angesprochen wird, dass wir uns mit den Anträgen der Linken im Wirtschaftsausschuss nicht hinreichend auseinandergesetzt haben, dann hat es aber auch etwas damit zu tun, dass die Anträge nicht neu sind. Denn diese Anträge wiederholen sich permanent und sind insbesondere auf den öffentlichen Beschäftigungssektor gerichtet [...] und da gibt es nun ganz konkret politisch unterschiedliche Auffassungen. Wir haben uns klar dazu bekannt, den ersten Arbeitsmarkt zu stärken, die Wirtschaft im Lande zu stärken.“

Ersten Arbeitsmarkt stärken

[...] was haben wir durch gute Wirtschaftspolitik erreicht? Wir haben heute die geringste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren und wir haben die meisten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Wenn das nicht für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik spricht, was dann, meine Herren? Im Jahr 2006 sah es genau umgekehrt aus. [...]“

Mittelfristige Finanzplanung

Eine konkretere Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen der kommenden Jahre lässt sich der mittelfristigen Finanzplanung entnehmen. Zusammen mit der Aufstellung des Haushaltsplans werden in der mittelfristigen Finanzplanung die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Landes für die nächsten fünf Jahre prognostiziert. Die Mittelfristige Finanzplanung hat im Gegensatz zu dem im Gesetzgebungsverfahren

formlich festgestellten Haushaltsplan ausschließlich Programmcharakter. Sie wird deshalb dem Landtag nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die mittelfristige Finanzplanung soll für Regierung und Parlament Orientierungshilfe für die Haushaltsplanung und Entscheidungshilfe für die Bewertung einnahme- und ausgabewirksamer Maßnahmen sein.

„Haushalt 2010/2011 ist Dokument des Versagens“

Koalition versäumt, in die Zukunft zu investieren



Foto: Cornelius Kettler

Helmut Holter,

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:

„Die einzige Ausrichtung dieser Koalition bestand und besteht in der schwarzen Null. Das ist zu wenig, um das Land zu regieren, zu wenig, um das Land voranzubringen, zu wenig, um die Zukunft des Landes zu sichern.“

■ Der Landeshaushalt für die Jahre 2010 und 2011 geht an den schwerwiegenden Problemen und Herausforderungen des Landes für die Gegenwart und Zukunft vorbei. Die Koalition von SPD und CDU ist nicht in der Lage, die gebotenen Antworten auf die Anforderungen und Aufgaben des Landes in der Bildung, auf sozialem Gebiet, in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung und beim ökologischen Umbau unter den Bedingungen der Finanzmarktkrise zu geben. Sie gestaltet nicht, sie verwaltet lediglich. Der Landeshaushalt ist ein Dokument des Versagens zu Lasten der Bürger.

Weniger Zuweisungen an viele Kommunen

Die einzige Ausrichtung dieser Koalition bestand und besteht in der schwarzen Null. Das ist zu wenig, um das Land zu regieren, zu wenig, um das Land voranzubringen, zu wenig, um die Zukunft des Landes zu sichern. Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Die Politik der Großen Koalition zeichnet sich aus durch Kurzsichtigkeit, Mutlosigkeit und Ideenlosigkeit. Das Nachsehen haben die Menschen in unserem Land, weil viele der Kommunen

mit deutlich weniger Zuweisungen vom Land vor dem finanziellen Kollaps stehen und Leistungen abbauen müssen. Mit mehr Qualität im Bereich Kita und Schule ist nicht zu rechnen, finanzielle Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut und Armut fehlen – und das in einer Situation, wo fast jeder Vierte in Mecklenburg-Vorpommern von Armut bedroht ist.

Zu wenig Geld für Arbeitsmarkt, Klimaschutz und Prävention

DiEs wird versäumt, in die Zukunft zu investieren – statt mehr Geld für Bildung, Forschung und Wissenschaft einzusetzen, wird es hauptsächlich in Beton gesteckt. Es steht zu wenig Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik, für Maßnahmen des Klimaschutzes und für Prävention zur Verfügung. Alternativen, die meine Fraktion in den Haushaltsberatungen eingebracht hat, wurden alleamt abgelehnt. SPD und CDU wollen die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Das stimmt – sie schicken sie in die Traufe. Die zusätzlichen Mittel aus dem kommunalen Ausgleichsfonds sind völlig unzureichend und belasten die Haushalte in der Zukunft. Wir haben beantragt, für die Kommunen direkt über Sonderzahlungen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Haushaltsplan 2010/2011 (Angaben in Mio. Euro)

	2010	2011
Einnahmen = Ausgaben	7.070,6	7.011,8
Investitionen	1.313,6	1.226,5
Personalausgaben	1.680,1	1.705,9
Kommunen (KFA + Steuern + Ausgleichsfonds)	1.876	1.839
Kreditaufnahme	0	0

Neuverschuldung kein Tabu

Ja, wir haben damit auch beantragt, dass das Land für diese Mittel neue Schulden aufnehmen muss – wohl wissend, dass Neuverschuldung keine Dauerlösung sein darf. Aber sie darf in der jetzigen Situation auch kein Tabu sein. Auch namhafte Ökonomen sind der Ansicht, dass es besser sei, der nächsten Generation Schulden zu hinterlassen als einen Scherbenhaufen. Es werden mittel- und langfristig erhebliche zusätzliche Kosten anfallen, wenn erst ehrenamtliche Strukturen im Sport, in der Jugendarbeit und in der soziokulturellen Arbeit weggebrochen sind, wenn die Lebensqualität der Menschen in den Städten und Gemeinden stetig sinkt.

Die Große Koalition wollte die Eltern im Kita-Bereich entlasten. Tatsächlich geschieht das Gegenteil, fast überall im Land bekommen Eltern Bescheide, dass sich Krippe, Kita und Hort verteuern. Die Große Koalition wollte in Bildung investieren. Fehlanzeige. Mit wirklichen Qualitätsverbesserungen in der Schule werden wir auch in den nächsten beiden Jahren nicht rechnen können.

Zukunftsfonds weiterführen

Wir haben gefordert, den Zukunftsfonds weiterzuführen und den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Priorität zu fördern. Die Landesregierung bleibt jedoch auf den eingefahrenen Gleisen und ist nicht bereit, neue Weichen zu stellen. Zumindest hat

die SPD nun erkannt, dass die Gesamtstrategie der Landesregierung „Energierland 2020“ hinsichtlich der erneuerbaren Energien bereits jetzt überholt und in anderen Teilen in sich zusammengebrochen ist. Jedoch glaubt sie – durch das Einfügen der Worte „Ausbau der erneuerbaren Energien“ das Problem gelöst zu haben. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen. Denn dahinter steckt nicht ein Cent mehr Geld.

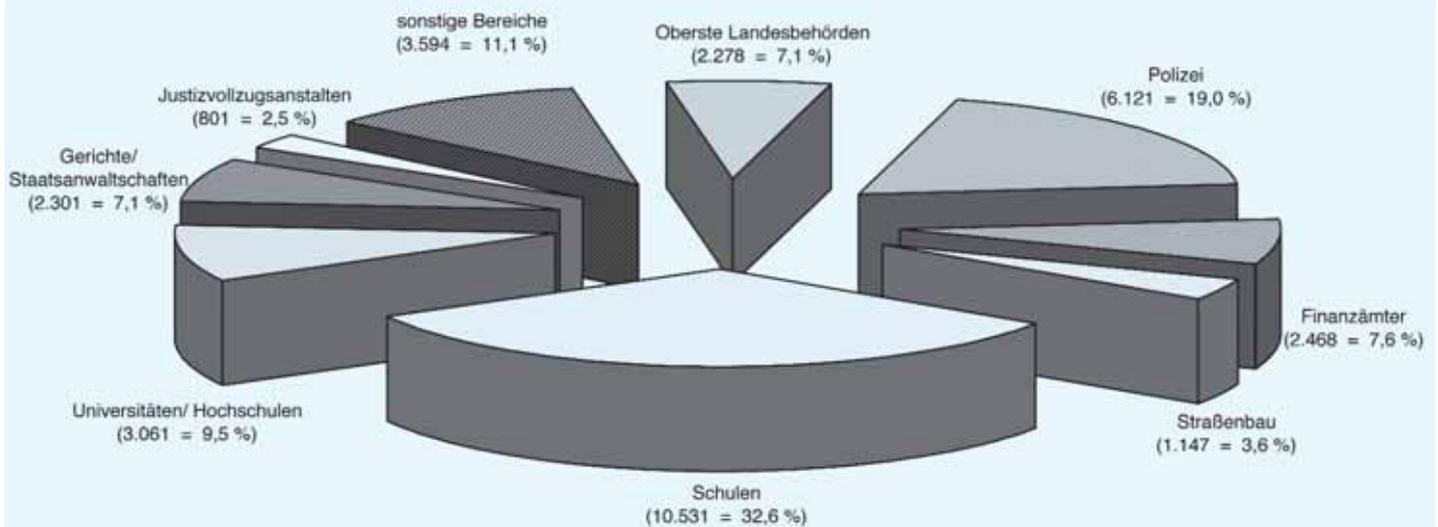
Keine Lösung für die aktuellen Probleme

Öffentlich geförderte Beschäftigung wird immer weiter zurückgedrängt, obwohl sie dringender denn je erforderlich ist. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben keine Lösung für die aktuellen Probleme. Und sie denken nicht daran, sich auf Bundesebene für eine Stärkung der Einnahmeseite einzusetzen. Dies ist aber vor dem Hintergrund krisenbedingter Steuerausfälle, zurückgehenden Solidarpaktmittel und einer absurden Schuldenbremse notwendiger denn je.

Stellenverteilung in der Landesverwaltung 2010

(nur Regelbereich)

Gesamtstellenzahl: 32.302



Veränderungen 2011

Gesamtstellenzahl 31.888 | Schulen 10.394 | Polizei 6.022 | Oberste Landesbehörden 2.246 | Finanzämter 2.458 | Sonstige Bereiche 3.458

Quelle und weitere Informationen: Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern | www.mv-regierung.de

„Alter Wein in neuen Schläuchen“

Haushaltsplan ist kleinster gemeinsamer Nenner der Koalitionäre



Foto: Cornelius Kettler

Sigrun Reese,

finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion:

„Der Doppelhaushalt zeichnet sich durch fehlende Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit, vor allem aber durch den Verzicht auf innovative Ideen aus, die unser Land für seine weitere Entwicklung dringend bräuchte.“

Verzicht auf innovative Ideen

■ Der Doppelhaushalt zeichnet sich durch fehlende Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit, vor allem aber durch den Verzicht auf innovative Ideen aus, die unser Land für seine weitere Entwicklung dringend bräuchte. Wenn sich die Große Koalition für die Vorlage lobt, dann unterschlägt sie, dass echte Spareffekte ausbleiben und nur durch den vollständigen Verbrauch der Rücklagen eine weitere Neuverschuldung vermieden wird.

FDP-Vorschläge pauschal abgelehnt

Die FDP-Fraktion hat 20 umfangreiche Änderungsanträge in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Soziales und Landwirtschaft eingereicht. Wir wollen zum Beispiel mehr Geld für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einplanen, um längere Öffnungszeiten bei Kitas zu ermöglichen. Dieser Antrag wurde, wie auch die anderen Änderungsanträge, pauschal abgelehnt. Manch gute Oppositionsidee hat die Koalition zunächst verworfen, um sie wenig später als eigenen Antrag noch einmal einzubringen. Das sagt viel über den Umgang der Regierungskoalition mit konstruktiven Vorschlägen aus.

Kleinster gemeinsamer Nenner

In der Öffentlichkeit reden SPD und CDU von Generationengerechtigkeit, von besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von

der Förderung der Wirtschaft unseres Landes und einer auskömmlichen Kita-Finanzierung. Im Haushaltsplan findet sich das nicht ausreichend wieder. Es bestärkt sich der Eindruck, dass es sich letztlich nur um den kleinsten gemeinsamen Nenner der Koalitionäre handelt.

Die Hinweise auf mögliche Steuereinbrüche durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes sind scheinheilig. Der Doppelhaushalt wurde Mitte letzten Jahres entworfen und hat seitdem kaum Änderungen erfahren. Die Steuerentlastungen des Bundes konnte das Land aufgrund gesunkener Zinssätze für Kredite des Landes ausgleichen. Verwerfungen im Haushalt hat es also nicht gegeben.

Neue Wege für Mecklenburg-Vorpommern

So ließen sich durch die Zusammenlegung von Verkehrs- und Wirtschaftsministerium zehn Millionen Euro im Jahr sparen. Das Landesmarketing, was über mehrere Haushaltstitel verstreut ist, könnte gebündelt werden. Das Informationsbüro in Brüssel müsste ebenso gestärkt werden, wie die Landesvertretung in Berlin. Wir brauchen eine aktivere Werbung für unser Land. Doch statt neuer Ideen, wird alter Wein in neuen Schläuchen kredenzt.

Einnahmen

Die Einnahmen im Landeshaushalt von rund 7 Mrd. Euro sind eingeteilt in vier Gruppen: Einnahmen aus Steuern und dem Länderfinanzausgleich, Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen, die sonstigen laufenden Einnahmen sowie die investitionsgebundenen Einnahmen. Die Steuern, die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich sowie die Bundeser-

gänzungszuweisungen bilden die Haupteinnahmen im Landeshaushalt. Aber nur rund die Hälfte dieser Einnahmen werden in Mecklenburg-Vorpommern selbst erwirtschaftet. Die andere Hälfte erhalten wir vom Bund und von anderen Ländern.

„Doppelhaushalt 2010/2011 – Ergebnis einer 20-jährigen Misswirtschaft“

Land verpulvert Millionen



Stefan Köster,

finanzpolitischer Sprecher der NPD-Landtagsfraktion:

„Hier werden staatliche Mittel grundgesetzwidrig und entgegen der Landesverfassung einseitig zur Bekämpfung einer politischen Oppositionspartei eingesetzt.“

NPD konzentrierte sich auf die Ausgabenseite

■ Über 40 Änderungsanträge, mehr als alle anderen Fraktionen zusammen, brachte die NPD zum Doppelhaushalt der Landesregierung in die abschließende Beratung ein. Dabei konzentrierten sich die Nationalen angesichts sinkender Steuereinnahmen und einer Gesamtverschuldung des Landes in Höhe von 10,6 Milliarden Euro auf die Ausgabenseite. So verpulvert das Land Mecklenburg-Vorpommern über eine Million Euro zum Unterhalt des Landesamtes für Verfassungsschutz, das seine Existenzberechtigung offenbar nur noch im Kampf gegen Rechts sucht. Neben weiteren 250.000 Euro aus Bundesmitteln stellt die Landesregierung weitere 100.000 Euro für den Anti-NPD-Kampf unter dem heuchlerischen Titel „Demokratie und Toleranz“ zur Verfügung. „Hier werden staatliche Mittel grundgesetzwidrig und entgegen der Landesverfassung einseitig zur Bekämpfung einer politischen Oppositionspartei eingesetzt“, so der finanzpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, **Stefan Köster**.

Mittel für Jugendverbände und Stiftungen streichen

Weitere hunderttausende Euro könnten eingespart werden, indem Steuermittel an politische Jugendverbände, kommunalpolitische Vereinigungen der Parteien und an die parteinahen Stiftungen gestrichen würden.

Verkorkste Kampagne „MV tut gut“

Parallel hierzu werden Mittel in Millionenhöhe für eine verkorkste Kampagne „MV tut gut“ eingeplant, obwohl kaum jemand in Deutschland mit dem Kürzel „MV“ irgendetwas verbindet. Auch die geplante Luxussanierung des Plenarsaals in Millionenhöhe kritisiert die NPD nachhaltig.

Zuschüsse für Fischer

Zur Unterstützung der durch die erneute Herabsetzung der Fangquoten gebeutelten Küsten- und Kutterfischer beantragten die Nationalen die Aufstockung der geplanten Zuschüsse um eine Million Euro. Eine entsprechende Gegenfinanzierung wäre mit den vorgeschlagenen Einsparungen problemlos möglich.

Ausgaben

Den mit rund 1,68 Mrd. Euro größten Ausgabenblock bilden die Personalausgaben. Das sind rund 25 Prozent der gesamten Landesausgaben. Man muss aber wissen, dass von den 32.000 Beschäftigten des Landes im Jahr 2010 über die Hälfte als Polizisten, Lehrer oder Hochschulpersonal arbeitet. In den Landesministerien selbst arbeiten dagegen nur etwa

2.200 Menschen. Weitere Ausgaben: Soziale Sicherung, sächliche Verwaltungsausgaben, kommunaler Finanzausgleich, sonstige Ausgaben, Zinsen. Mecklenburg-Vorpommern steckt mehr als doppelt so viel Geld in öffentliche Investitionen und Investitionsförderprojekte wie die westlichen Flächenländer.

Nachbarrechtsgesetz

Entwurf der Linken abgelehnt

■ **DIE LINKE** ist am 18. Dezember 2009 auch in der Zweiten Lesung mit ihrem Entwurf für ein Nachbarrechtsgesetz gescheitert. In Mecklenburg-Vorpommern bleibt somit auch weiterhin gesetzlich ungeregelt, wie nahe ein Baum an der Grundstücksgrenze zum Nachbarn stehen darf.

Die Linksfraktion hatte den Vorstoß damit begründet, dass es auf Bundesebene keine einheitliche Regelung des privaten Nachbarrechts gebe. Nach Auffassung der Linken reicht das Bürgerliche Gesetzbuch, die Landesbauordnung oder das gegenseitige Gebot der Rücksichtnahme nicht aus, um auf diesem Gebiet Rechtsklarheit zu schaffen.

Ein Nachbarrechtsgesetz sollte der Schlichtung dienen, sagte **Barbara Borchardt** (DIE LINKE). Bei einer eindeutigen Gesetzesvorschrift seien Nachbarn im Streitfall eher zum Einlenken bereit. Klare Regelungen würden auch zur Entlastung von Verwaltung und Verwaltungsgerichten führen. Die Abgeordnete warf der Großen Koalition Ignoranz vor.

Die Regierungsfractionen hatten den Entwurf bereits in der Ersten Lesung im Oktober abgelehnt. So wurde er nicht zur Detailberatung in die Ausschüsse überwiesen. Für diesen Fall sieht die Geschäftsordnung des Landtages vor, dass der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten wieder auf die Tagesordnung gesetzt und in Zweiter Lesung behandelt wird.

Für die SPD lehnte **Reinhard Dankert** den Entwurf ohne lange Begründung ab. Die CDU zog mit dem Hinweis, dass alles zu diesem Thema gesagt worden sei, ihren Redebeitrag ebenso zurück wie die FDP, die sich bei der Abstimmung jedoch enthielt.

Michael Andrejewski (NPD) tat die Befürchtung kund, dass ein neues Gesetz statt zu Frieden nur zu neuen Streitigkeiten führen würde. Es sei überflüssig, begründete er die Ablehnung durch seine Fraktion.

[Drucksache 5/2863](#)



Foto: Jens Büttner

Klarheit zu „Bombodrom“ gefordert

Landtag will über Nutzung aufgeklärt werden

■ **Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern will Sicherheit über die künftige zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide im Norden Brandenburgs.**

Zwar habe im Juli 2009 der damalige Bundesverteidigungsminister Franz-Joseph Jung (CDU) auf eine militärische Nutzung verzichtet, sagte der SPD-Abgeordnete

Rudolf Borchert am 17. Dezember im Parlament. Bis heute fehlten aber rechtskräftige Aussagen der Bundesregierung über die Zukunft des 14.000 Hektar großen Areals, das an die Region Südmecklenburg/Neubrandenburg grenzt. Durch die ursprünglich geplanten Tiefflüge auf dem ehemaligen Bombodrom, das als Luft-Boden-Schießplatz genutzt werden sollte, wäre auch Mecklenburg-Vorpommern betroffen. In einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP wurde Klarheit gefordert. Der Landtag werde die Aktivitäten beider Landesregierungen, der Bürgerinitiativen ProHeide, Freie Heide und Freier Himmel zur Klärung der Zukunft des „Bombodroms“ unterstützen.

Dem Antrag stimmten die demokratischen Fraktionen zu, bis auf eine Abgeordnete der CDU. Die NPD stimmte dagegen.

[Drucksache 5/3017](#)

Hintergrund

Entstanden ist der Übungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide bei Wittstock ab 1952 mit der schrittweisen Nutzung durch die Sowjetarmee, die dort zuerst Panzerübungen durchgeführt und später auch vermehrt Bombenabwürfe im Tiefflug trainiert hat. 1992 stellen die russischen Truppen ihre Übungsflüge ein. Die brandenburgische Bürgerinitiative „Freie Heide“ wurde gegründet mit dem Ziel, den Übungsplatz in eine touristische Nutzung zu überführen. 1993 zogen die Streitkräfte der Russischen Föderation endgültig ab. Jedoch beschloss die Bundesregierung die militärische Weiternutzung. Allerdings durfte die Bundeswehr den Platz nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14. Dezember 2000 vor Abschluss eines ordnungsgemäßen Pla-

nungsverfahrens nicht für den militärischen Übungsbetrieb nutzen.

Am 31. Juli 2007 verwarf das Verwaltungsgericht Potsdam die neue Betriebsgenehmigung des Verteidigungsministeriums und gab damit drei Klagen gegen die Nutzung des Bombodroms durch die Bundeswehr statt. Eine Inbetriebnahme des Geländes für den militärischen Übungsbetrieb war damit weiterhin untersagt. Eine Berufung wurde vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg angenommen und am 27. März 2009 abschlägig entschieden. Das Verteidigungsministerium beharrte weiterhin auf seinen Plänen. Am 2. Juli 2009 sprach sich der Bundestag gegen den geplanten Luft-Boden-Schießplatz aus. Am 9. Juli 2009 schließlich gab der damalige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung bekannt, dass die Bundesregierung auf den Ausbau des Truppenübungsplatzes Wittstock verzichtet.



Foto: Jens Büttner

Bologna-Prozess und Studentenproteste

Landtag beschäftigte sich mit drei Anträgen zur Hochschulpolitik

■ Der Landtag hat in einer Debatte am 17. Dezember 2009 drei Anträge zum Bereich Hochschulen in verbundener Aussprache diskutiert. Die Koalitionsfraktionen haben die Regierung aufgefordert, künftig alle zwei Jahre Effizienzanalysen für die Hochschulen des Landes vorzulegen und dabei die Auswirkungen des so genannten Bologna-Prozesses zu beachten. Bei einer Novellierung des Landeshochschulgesetzes soll zudem eine Musterprüfungsordnung eingeführt werden, mit der unter anderem die Prüfungsichte reduziert und die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen verbindlich geregelt werden soll.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses, mit dem europaweit ein einheitliches Hochschulsystem geschaffen werden soll, könne nicht jede Einrichtung ihren eigenen Weg gehen. In der Konsequenz würden Prüfungs- und Studienleistungen zwischen den Hochschulen häufig nicht anerkannt, hieß es zur Begründung. Zur europäischen Gemeinschaft im Hochschulbereich gebe es keine Alternative, sagte die hochschulpolitische Sprecherin der CDU, **Ilka Lochner-Borst**, die auch den Redebeitrag für die SPD übernahm. Das Problem sei aber die schlechte Umsetzung des Bologna-Prozesses. Die Politik müsse diesen Prozess begleiten und gegebenenfalls eingreifen. Der Antrag wurde nach der Debatte mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen. Die Anträge der Fraktionen DIE LINKE und FDP dagegen wurden abgelehnt. DIE LINKE hatte gefordert, die Studentenproteste ernst zu nehmen. Der Landtag solle Studienbedingungen, Mängel und

Ursachen analysieren und daraus Schlussfolgerungen für die Politik ableiten. Bis März 2010 sollte die Landesregierung einen Zwischenbericht vorlegen. Die Studenten hätten es satt, nur auf die Ergebnisse von Bildungsgipfeln zu warten, sagte **Andreas Bluhm** (DIE LINKE). Er forderte mehr Geld von Land und Bund für den Hochschulbereich.

Die Liberalen forderten mit ihrem Antrag die Landesregierung auf, die Kapazitätsverordnung an den Hochschulen im Land abzuschaffen. Wie viele Studenten aufgenommen werden, solle stattdessen im Rahmen von Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen geregelt werden. Ziel sei es, die Hochschulen von Einschränkungen zu befreien, die ihre Profilbildung einschränken, hieß es zur Begründung. „Kapazitätsverordnungen sind im internationalen Vergleich unüblich“, sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP, **Hans Kreher**. „Wir müssen für mehr Freiheit und Autonomie in der Hochschul-

politik sorgen.“ Dafür müssten bürokratische Schranken fallen.

Nach den Worten von Bildungsminister **Henry Tesch** schreibt die Kapazitätsverordnung ausdrücklich vor, bei maximaler Aufnahme von Studierenden die Qualität von Forschung und Lehre zu gewährleisten. Sie solle garantieren, dass nicht zu wenige, aber auch nicht zu viele Studenten immatrikuliert werden. Bei Änderungen müsse man im rechtlich gesicherten Raum bleiben, appellierte er an die Adresse der FDP. Er unterstrich, dass die Umsetzung der Bologna-Ziele politisch begleitet werden muss. Die Landesregierung stelle sich dieser Aufgabe. Die Studentenproteste würden bereits sehr ernst genommen.

Birger Lüssow (NPD) zufolge haben die Studentenproteste auf missliche Verhältnisse aufmerksam gemacht. Beim Bologna-Prozess seien Fehler gemacht worden, die nicht durch ein paar Handgriffe zu korrigieren seien, sagte er.

Antrag SPD/CDU-Koalition

Drucksache 5/3025

Antrag DIE LINKE Drucksache 5/2964

Antrag FDP Drucksache 5/3011

Bologna-Prozess

1999 vereinbarten die Bildungsminister aus 29 europäischen Ländern im norditalienischen Bologna eine große Hochschulreform – daher der Name Bologna-Prozess. Mit der Reform soll ein zweistufiges System von Studienabschlüssen nach angloamerikanischem Vorbild eingeführt werden. Die so genannten Bachelor- und Master-Abschlüsse sollen in allen beteiligten Ländern anerkannt werden und einen einheitlichen Hochschulraum innerhalb der EU schaffen. Heute sind bereits 46 Staaten an der Umsetzung der Bologna-Reformen beteiligt. Auch in Deutschland wurden nahezu alle Diplom- und Magisterstudiengänge abgeschafft. Hochschulen und Studenten kritisieren, die Strukturen seien zu starr und die Arbeitsbelastung zu hoch. Zudem gibt es die grundsätzliche Kritik, der Bologna-Prozess führe zu einer „Verschulung“ des Studiums: Ein wesentlicher Aspekt eines Studiums – nämlich Dinge auch mal fächerübergreifend kritisch zu hinterfragen – sei somit kaum mehr möglich, „kreative Köpfe“ könne die Uni so nicht mehr hervorbringen.

Beschlossen

Folgende Gesetze hat der Landtag in seiner Dezember-Sitzung 2009 in Zweiter Lesung behandelt und beschlossen:

Nichtraucher-schutzgesetz

■ Das Bundesverfassungsgericht hatte im Juli 2008 die Nichtraucherschutzgesetze der Länder Berlin und Baden-Württemberg in Teilen für verfassungswidrig erklärt mit der Begründung, die Regelungen würden einen Teil der Marktteilnehmer (so genannte Eckkneipen) unverhältnismäßig einschränken. Da das Nichtraucherschutzgesetz M-V den Schutz vor dem Passivrauchen in grundsätzlich vergleichbarer Weise regelt, musste das Gesetz entsprechend geändert werden. Aufgehoben wird das Rauchverbot für gastronomische Kleinbetriebe, wenn

- sie über eine Fläche mit weniger als 75 Quadratmetern verfügen
- sie über keinen abgetrennten Nebenraum verfügen
- keine zubereiteten Speisen gereicht werden
- Jugendlichen unter 18 Jahren der Zutritt verwehrt wird
- im Eingangsbereich eine Kennzeichnung als Rauchergaststätte vorgenommen wird.

Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses.

Drucksache 5/2993

Gesetz zur Neuordnung des Beamtenrechts

■ Im Zuge der Föderalismusreform ist die Regelung der Statusangelegenheiten der Beamten in die konkurrierende Gesetzgebung überführt worden. Die Kernbereiche des Statusrechts werden bundeseinheitlich geregelt. Das Landesbeamtengesetz trifft die ergänzenden Regelungen zum Beamtenstatusgesetz. Der Gesetzentwurf der Landesregierung beinhaltet ein Artikelgesetz zur Neuordnung des Beamtenrechts, dessen wichtigster Bestand-

teil das neue Landesbeamtengesetz (Artikel 1) darstellt. Dieses enthält zum einen Regelungen, die das Beamtenstatusgesetz ergänzen (z. B. die Festlegung von Verfahrensfragen oder Fristen), und zum anderen eigenständige Regelungen dort, wo der Bund auf eigene verzichtet (z. B. Arbeitszeit- und Urlaubsrecht) bzw. keine Kompetenz (Laufbahnrecht) hat.

Außerdem hat der Innenausschuss beschlossen, die maximal zulässige wöchentliche Arbeitszeit an die Regelungen der anderen norddeutschen Bundesländer, und zwar auf einundvierzig Stunden, anzupassen. Darüber hinaus sollen Polizeivollzugsbeamte für jeweils zwei Jahre Wechselschichtdienst einen Monat früher in den Ruhestand gehen können. Analoge Regelungen gelten für die Beamten der Berufsfeuerwehren. Ferner wird die Altersgrenze für hauptamtliche Bürgermeister angehoben – für die Erstwahl von 58 auf 60, für die Wiederwahl von 62 auf 64 Jahre.

Angenommen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses.

Drucksache 5/3055

Untersuchungshaft-vollzugsgesetz

■ Im Zuge der Föderalismusreform ist die Gesetzgebungs-Kompetenz für den Untersuchungshaftvollzug vom Bund auf die Länder übertragen worden. Der Gesetzentwurf der Landesregierung beruht auf einem gemeinsam mit den Ländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen erarbeiteten Musterentwurf und enthält neben der Normierung der wesentlichen Einzelermächtigungen auch Regelungen über die Ausgestaltung des Vollzugs der Untersuchungshaft.

Angenommen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses.

Drucksache 5/3050

Landesrundfunk-gesetz

■ Die Novellierung des Landesrundfunkgesetzes setzt den 10. und 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag um und greift technische und medienwirtschaftliche Entwicklungen auf. Künftig werden Rundfunkzulassung und Frequenzzuweisung entsprechend der bundesweiten Handhabung auch im Landesrecht entkoppelt. Schlichtungsstelle bei der Frequenzzuordnung ist künftig die Landesrundfunkzentrale. Diese wird in Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern umbenannt. Der Landesrundfunkausschuss heißt künftig Landesmedienausschuss. *Angenommen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses.*

Drucksache 5/3054

Spielbankgesetz

■ Die Novellierung des Spielbankgesetzes des Landes M-V passt die Landesregelungen an veränderte Rahmenbedingungen durch den Glücksspielstaatsvertrag, das Nichtraucherschutzgesetz und den Wegfall der Umsatzsteuerbefreiung für Spielbanken an.

Angenommen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses.

Drucksache 5/3053

Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfte/r Lebensmittelchemiker/in“

■ Das bisher geltende Gesetz trat am 31. Dezember 2009 außer Kraft. Da auch weiterhin ein Bedarf zum Schutz dieser Berufsbezeichnung besteht und das Landesrecht an das geltende EU-Recht sowie an den Organisationserlass des Ministerpräsidenten anzupassen war, hat die Landesregierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Landtag eingebracht.

Angenommen entsprechend der Beschlussempfehlung des Agrarausschusses.

Drucksache 5/3015

Gesetz zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

■ Die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die die Marktstrukturen innerhalb der Gemeinschaft durch umfangreiche Reformen auf den globalen Wettbewerb ausrichten soll, wurde im November 2006 vom EU-Parlament beschlossen. Das durch den Landtag beschlossene Mantelgesetz setzt die Anforderungen dieser Richtlinie in nationales Recht um.

Angenommen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses.

Drucksache 5/3051

Gesetz zur Durchführung der Kriegsofferfürsorge und anderer Gesetze

■ Der Landtag hat folgende Gesetze an geänderte bundesrechtliche Regelungen angepasst:

Gesetz zur Durchführung der Kriegsofferfürsorge, Gesetz über das Sondervermögen „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz“, Landespflegegesetz, Landesausführungsgesetz SGB II, Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Landesbehindertengleichstellungsgesetz, Landesblindengeldgesetz.

Annahme des Änderungsantrages auf Drucksache 5/3073, Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Drucksache 5/3052

Gesetzgebungsverfahren

Einbringung

Gesetzentwürfe werden von der Landesregierung oder aus der Mitte des Landtages sowie gemäß Artikel 59 und 60 aus dem Volk (Volksinitiative, Volksbegehren) eingebracht. Eingebracht in den Landtag, wird der Entwurf gedruckt und erhält die Form einer Landtagsdrucksache. Sie wird an alle Parlamentariern verteilt und den Landesministerien zur Kenntnis zugeleitet.

Gesetzentwürfe werden in der Regel in zwei „Lesungen“ beraten. Bis zum Beginn der Schlussabstimmung kann der Landtag eine dritte Lesung beschließen.

Erste Lesung

In der Ersten Lesung werden in der Regel die Grundzüge des Entwurfs beraten (Grundsatzberatung). Dann wird darüber abgestimmt, ob der Antrag zur weiteren Beratung in den entsprechenden Fachausschuss überwiesen wird. Sind inhaltlich mehrere Ausschüsse zu beteiligen, wird er an alle zur Beratung überwiesen. In diesem Fall bestimmt der Landtag einen federführenden Ausschuss. In den Ausschüssen kommt es zu Detailberatungen durch die jeweiligen Experten der Fraktionen und zu Anhörungen von Sachverständigen. Parallel befassen sich auch die Arbeitskreise in den einzelnen Fraktionen mit dem Antrag. Am Ende dieser Beratungen stimmt der federführende Ausschuss über eine Beschlussempfehlung für das Plenum ab.

Wird ein Gesetzentwurf nach der Ersten Lesung nicht an die Ausschüsse überwiesen, so muss er nach § 48 Abs. 3 der Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung wieder auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt werden.

sen, so muss er nach § 48 Abs. 3 der Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung wieder auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt werden.

Zweite Lesung

In der Zweiten Lesung findet die Einzelberatung zum Antrag und zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses statt. Dann wird zunächst über vorliegende Änderungsanträge abgestimmt. Am Ende steht die Schlussabstimmung. In der Schlussabstimmung kann der Landtag beschließen, den Gesetzentwurf anzunehmen oder abzulehnen. Dabei muss der Landtag das Gesetz mit einer relativen Mehrheit verabschieden, das heißt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Gesetzen zur Änderung der Landesverfassung ist die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages erforderlich.

Ausfertigung und Verkündung

Der Ministerpräsident fertigt unter Mitzeichnung der beteiligten Minister das verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetz aus und lässt es im Gesetz- und Verordnungsblatt verkünden.

Inkrafttreten

Die Gesetze treten, wenn nichts anderes bestimmt ist, mit dem vierzehnten Tage nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie verkündet worden sind.



Foto: Jens Büttner

DDR-Geschichte weiter aufarbeiten

Landtag gegen Schlussstrich unter Diktatur und staatlicher Willkür

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich am 18. Dezember 2009 in großer Einmütigkeit zur weiteren Aufarbeitung der DDR-Geschichte bekannt. Das Wissen um die Machtmechanismen von Diktaturen sei eine Voraussetzung für Schutz und Stärkung der Demokratie, hieß es in der von der FDP-Fraktion beantragten Debatte. Die Diskussion um DDR-Geschichte und Staatssicherheit war neu entbrannt, nachdem auf der Parlamentssitzung am 16. Dezember 2009 mit den Stimmen von SPD und CDU die Stasi-Überprüfungsregelung im Beamtenengesetz des Landes gestrichen worden war. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Minister Lorenz Caffier:

„Die Aufarbeitung des DDR-Unrechts ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Kollege Schnur, ob Sie besonders gut beraten sind, mit Fingern auf andere zu zeigen und so zu tun, als ob Sie alle erst 1990 geboren sind, da habe ich zumindest so meine erheblichen Zweifel.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Davon schließe ich mich auch nicht aus und das heißt, wir sollten alle ehrlich mit der Vergangenheit umgehen. [...] Und deswegen, glaube ich, sollte man auch mit dem Thema umgehen, wie es sich mit dem Thema erst mal gebührt, denn die Aufarbeitung der Geschichte der DDR,

des Unrechtsstaats, der staatlichen Willkür von 1945 bis 1990 ist kein Thema, aus dem man politisches Kapital schlagen sollte. Es ist auch nicht ein Thema, welches wir mit einer Diskussion oder mit einem Antrag im Landtag und Handheben abschließen können oder abschließen sollten. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte braucht Zeit, sie braucht Einsicht, sie braucht eine breite gesellschaftliche Basis. [...] Sie braucht Täter, die bekennen und bereuen, sie braucht Opfer, die verzeihen.

*(Michael Andrejewski, NPD:
Ja, das hätten Sie gerne.
Zuruf von Udo Padstörs, NPD)*

Meine Damen und Herren Abgeordnete, auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer,

Hintergrund

Der Bundestag hat im Zuge der Föderalismusreform die Grundstrukturen des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten im Bund, in den Ländern und in den Kommunen bundeseinheitlich geregelt (Beamtenstatusgesetz). Regelungen zum Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht dagegen liegen in der Kompetenz der Länder. Dementsprechend hat der Landtag am 16. Dezember 2009 das Landesgesetz zur Neuordnung des Beamtenrechts beschlossen. In Artikel 12 nimmt das Landesbeamtengesetz auf Paragraph 7 (Artikel 1, Abs. 2) des Beamtenstatusgesetzes Bezug. Auch in Mecklenburg-Vorpommern muss jeder, der Beamter werden will, aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Eine explizite Festlegung zur Überprüfung von Beamtenanwärtern auf eine Zusammenarbeit mit der Stasi enthält das Landesbeamtengesetz nicht. Die eventuelle Stasi-Überprüfung ist im Stasiunterlagengesetz des Landes geregelt.

nach dem Abbau von Stacheldraht und Selbstschussanlagen, nach dem Ende von tödlichen Schüssen an der Staatsgrenze West, 20 Jahre nach Öffnung der Grenzen und der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes kann und wird die Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht beendet werden und auch nicht beendet sein. [...]

Meine Damen und Herren, jeder von uns, der in der DDR gelebt hat, sollte sich an die Kompromisse erinnern, die er in seinem eigenen Leben selbst eingegangen ist oder aufgrund staatlicher Willkür eingehen musste. Jeder, der im Westen groß geworden ist, [...] sollte sich mit Urteilen zurückhalten und denen das Maß der Bewertung überlassen, die in dieser Diktatur leben oder gegebenenfalls leiden mussten.

(Udo Pastörs, NPD: Das hätten Sie gern. Da lassen wir Sie nicht mit alleine.)

[...] Was wir in den letzten 70/80 Jahren in zwei Diktaturen auf deutschem Boden erfahren, erlebt, erlitten und erduldet haben, muss unseren Kindern und Enkeln erzählt werden. Sie müssen lernen, unsere Demokratie zu bewahren, denn auf dem deutschen Boden,

(Udo Pastörs, NPD: Das werden wir euch zeigen, was eine Demokratie ist.)

denn auf dem deutschen Boden darf nie wieder eine Diktatur ihr Unwesen treiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

[...] Meine Damen und Herren Abgeordneten, wer in eine Diktatur hineingeboren wird, wird von ihrem totalitären System vereinnahmt und zur Stabilisierung der Diktatur schon als Kind und Jugendlicher missbraucht. Das war in Nazideutschland so und das war in der damaligen DDR so.

*(Stefan Köster, NPD:
Die bösen, bösen Nazis.)*

Mit dem Erwachsenwerden und den Lebenserfahrungen wachsen Erkenntnisse, Überzeugungen, und es stellt sich auch in der Diktatur jedem die Frage: Kann und

will ich widerstehen oder wo finde ich einen Kompromiss, damit mich der Staat weitestgehend in Ruhe lässt? Jeder, der in einer Diktatur Kompromisse eingegangen ist, muss heute zu diesen Kompromissen stehen. Und dabei sollten sich einige hüten, ihr damaliges Tun heute als Widerstandskampf gegen das Unrechtssystem zu verklären.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)*

[...] Ich jedenfalls gehöre zu denen nicht. Über unser Leben in der DDR müssen wir auch heute noch, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, reden. Und wir müssen aufrichtig und ehrlich miteinander sein, wenn wir über die Geschichte und das gesellschaftliche Engagement Einzelner diskutieren. [...]

Meine Damen und Herren, aus all dem ergibt sich: Die Aufarbeitung des DDR-Un-

rechts ist keine Angelegenheit, die der Landtag mit einem einzigen Antrag bearbeiten kann, kein Thema, das wir alleine der Landesregierung oder den sie tragenden Fraktionen überantworten könnten und sollten, [...] Nein, die Aufarbeitung des DDR-Unrechts ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle müssen sich daran beteiligen. [...]

Meine Damen und Herren, ich bin der FDP zum einen dankbar für ihren Antrag, weil er die Möglichkeit bietet, dass wir uns einmal mehr mit dem DDR-System und seinen Auswüchsen auseinandersetzen. Gleichwohl will ich nicht empfehlen, diesem Antrag zuzustimmen, denn er würde das Ziel nicht erreichen. Die Aufarbeitung des DDR-Unrechts kann den Menschen eben einfach nicht per Landtagsbeschluss verordnet werden. [...]

Und deswegen sollte man Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit.“

Dr. Gottfried Timm, SPD:

„Wir werden Stasi-Überprüfung auch in Zukunft fortsetzen“



■ „Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Kein Ende in der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ – ich erinnere mich bei diesem Antrag der FDP von heute an die 2. Legislaturperiode dieses Landtages, wo wir eine Enquetekommission hatten, die genau das zum Thema gemacht hat, nämlich Aufarbeitung und Versöhnung in Mecklenburg-Vorpommern, vier Jahre lang intensiv bearbeitet. [...]

Meine Damen und Herren, und es lohnt sich, in die Zeiten zurückzublicken, in das

Jahr 1949 und davor, als sozusagen die DDR-Diktatur sich gebildet hat oder auch – aus Moskauer Sicht – gebildet wurde. Der Befehl Nummer 2 der sowjetischen Militäradministration im Sommer 1945 hat die KPD, die SPD, die CDU und die LDPD zugelassen. Im April 1946 [...] kam es zur Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Für meine Partei und viele ältere Mitglieder der SPD ist dies heute noch ein gar nicht so einfaches Erbe, das wir miteinander zu tragen haben.

1948 initiierte die Sowjetische Militärad-

ministration die Gründung zweier weiterer Parteien, nämlich der DBD, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, und der NDPD, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. Ziel war es, der CDU damals und der LDPD Mitglieder abzuwerben beziehungsweise – auch damals gab es dieses noch – bei den Wahlen natürlich auch Wählerstimmen abspensig zu machen. Besetzt wurden die Führungspositionen dieser neuen Parteien mit Mitgliedern der SED, einige jedenfalls. Die DBD sollte als SED-nahe Bauernpartei quasi auf dem Lande für Stimmen sorgen, und die NDPD [...] sollte die Vertriebenen aus den Gebieten, aus denen die damaligen Vertriebenen in die noch zu gründende DDR gekommen sind, aufnehmen, ehemalige Wehrmachtangehörige, meine Damen und Herren, und natürlich auch ehemalige NSDAP-Mitglieder. Stalin erklärte im März 1948, die Trennlinie zwischen ehemaligen Nazis und Nicht-Nazis sei aufzuheben. Die SED hat diesen Spruch von Stalin in einem Vorstandsbeschluss von 1948 bekräftigt. Auch das wirft noch mal einen Blick auf das, was Herr Caffier eben schon sagte, auf dieses Wort vom ersten antifaschistisch-demokratischen Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden. Damals ist gerade das nicht geschehen, was immer proklamiert

wurde: eine Aufarbeitung der damaligen, hinter den Menschen liegenden Diktatur. Und deswegen kann ich nur sagen: Wir müssen heute alle Floskeln beiseite lassen und ehrlich uns um die Zeiten kümmern, die wir heute aufarbeiten müssen. Und das, wie gesagt, meine Damen und Herren, ist noch längst nicht vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Nach der Gründung der DDR 1949 haben diese vier Blockparteien, also CDU, LDPD, NDPD und DBD, die führende Rolle der SED anerkannt und aufgehört, eine eigene Politik zu machen. Ich kann mir vorstellen, dass dieses Gründungsdatum der Parteien, über die ich gesprochen habe, und eben auch der Deutschen Demokratischen Republik für viele Mitglieder der ehemaligen Blockparteien kein leichtes Erbe ist, wie wir alle eben schwierige Erben sind aus dieser Zeit. Ob es da weiterhilft, Herr Glawe, die Rolle der CDU als Blockpartei zu bestreiten – ich persönlich halte das für nicht richtig [...] Ich glaube, wir müssen uns oder Sie müssen sich selbst auch genau diesem Thema wie wir alle stellen.

(Harry Glawe, CDU:

Da machen Sie sich mal keine Sorgen. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, 40 Jahre weiter, 1989: Die SED hat sich umbenannt in SED/PDS, dann PDS, dann Linkspartei, dann DIE LINKE. Die SDP hat sich neu gegründet und sich später vereinigt mit der SPD/West. Bündnis 90 hat sich neu gegründet, FDP hat sich aus LDPD und NDPD gebildet, die CDU aus der DBD und der CDU aus der DDR und so weiter. Diese Geschichte ist uns näher als die Zeiten davor. [...]

Wenn wir uns, meine verehrten Damen und Herren, Gedanken darüber machen, wer war eigentlich Kellner in dieser Zeit, als diese Politik gekocht wurde, dann kommen wir notgedrungen auf das ganze Thema MfS. [...] Zu Recht werden wir die Überprüfung auf eine mögliche MfS-Vergangenheit auch in Zukunft in Mecklenburg fortsetzen. Zu Recht wird immer wieder gesagt, dass es einen Schlussstrich unter diese Zeit auch bei der Überprüfungspraxis nicht geben kann und auch nicht geben wird. Und ich sage noch mal: Es lohnt sich, die Unterlagen der Enquete-

kommission aus der 2. Legislaturperiode nachzulesen. [...]

Meine verehrten Damen und Herren, auch wir als sozialdemokratische Partei lehnen diesen Antrag ab, nicht weil er grundsätzlich falsch ist, Herr Roof, sondern [...] weil dies ein Thema ist, das Sie mit einem Beschluss niemals erledigen können. [...]

Wenn ich zusammenfassend sagen darf, wie wir als Sozialdemokraten mit dem Gesamtthema umgehen, dann sage ich Folgendes: Eine Überprüfung, auch in Zukunft, auf eine mögliche Mitarbeit beim MfS wird es geben, konsequent und auch dort, wo sie hingehört. Ich habe ja schon gesagt, wir sind [...] dafür, dass dies vor den Wahlen in den kommunalen Ämtern, also bei Bürgermeistern und Landräten, geschieht. Man kann es auch überlegen für den Landtag. Also MfS bleibt auch in Zukunft ein wichtiger Auslöser beim Thema Aufarbeitung.

Zweitens. Wir halten es für besonders wichtig, dass es offene Gespräche in einem offenen Diskurs zu den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens mit den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Die Demokratie lebt von Überzeugungen. Politiker haben die Bürger zu überzeugen und sollten sich auch von den Bürgern selbst überzeugen lassen. Ob das Kinder in der Schule sind, Studenten sind [...] und weit darüber hinaus, völlig selbstverständlich. Öffentlichkeit und Offenheit im Dialog zwischen Politik und Bürgern ist ebenso wichtig, wenn Sie so wollen, für einen Garant eines demokratischen Gemeinwesens und eines auch wehrhaften Staatswesens.

Drittens. [...]: Wir sollten alle miteinander, alle Demokraten dieses Hauses miteinander nie wieder zulassen, dass die Menschenwürde missachtet und mit Füßen getreten wird und ausgetauscht wird durch ein konstruiertes und die Menschen missachtendes Menschenbild. Und von diesem Menschenbild in der DDR haben wir alle genug. Wir müssen heute dafür sorgen, dass mit politischer Kraft wir alle dafür sorgen, dass es immer um die Menschen selber geht, um ihre Würde und nie um eine konstruierte Idee von diesen.

Meine Damen und Herren, [...] ich hoffe sehr, dass wir nicht nur heute, sondern auch in Zukunft alle miteinander daran arbeiten, dass der Artikel 1 des Grundgesetzes auch für Mecklenburg-Vorpommern immer lebendig bleibt und mit Kraft erfüllt wird. – Vielen Dank.“

Zur Arbeit der Enquete-Kommission

„Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“

Am 17. Mai 1995 hat der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Titel „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“ beschlossen. Der Kommission gehörten 18 Personen an – sieben Mitglieder des Landtages, je ein Vertreter der Landesverbände von FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN und neun weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die von den Fraktionen des Landtages benannt wurden. Die Kommission konstituierte sich am 13. Juni 1995 und einigte sich auf acht Arbeitsschwerpunkte:

- Die Situation der Opfer
- Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Herausbildung von 1945 bis 1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern
- Das politische System in der DDR
- Das Wirtschafts- und Sozialsystem der DDR
- Das Alltagsleben der Bürger in den drei Nordbezirken
- Jugend / Bildung / Erziehung / Wissenschaft / Kultur
- Die Geschichte der Wende in Mecklenburg-Vorpommern und deren Folgen für die Gegenwart
- Das Alltagsleben in Mecklenburg-Vorpommern nach 1989

Bedeutung und Einfluss der Kirchen auf die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wende wurden als Querschnittsthemen behandelt.

Am 10. Dezember 1997 legte die Kommission dem Landtag ihren Tätigkeitsbericht vor.

Die Arbeit der Kommission ist in zehn Bänden dokumentiert.

Die Auflage ist bis auf wenige Restexemplare einzelner Bände vergriffen. Alle Bände können jedoch in der Landtagsbibliothek eingesehen und ausgeliehen werden.

Peter Ritter, DIE LINKE:

„Wir haben kein Interesse an einem Ende der Aufarbeitung unserer Geschichte“



■ „Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! [...] Der vorliegende Antrag gibt mir die Möglichkeit, an die Debatten des außerordentlichen Parteitages der SED/PDS zu erinnern, der heute genau vor 20 Jahren stattfand [...]

Wir haben kein Interesse an einem Ende der Aufarbeitung unserer Geschichte. Es liegt nämlich im Interesse unserer Glaubwürdigkeit, der Glaubwürdigkeit meiner Fraktion, unsere Vergangenheit und unsere Verantwortung immer wieder zu hinterfragen.

Ausgangspunkt dafür war und bleibt der außerordentliche Parteitag der SED/PDS vor nunmehr 20 Jahren. Auf diesem Parteitag hat sich meine Partei gegenüber dem Volk der DDR für die Deformation der sozialistischen Gesellschaft, den Machtmissbrauch und die Verletzung von Menschenrechten entschuldigt. Damit verbunden war die Erklärung des unwiderruflichen Bruchs mit dem Stalinismus als System. In einem für mich heute immer noch bemerkenswerten Referat formulierte damals Michael Schumann für den Arbeitsausschuss der Partei: ‚Stalinismus bedeutete Demoralisierung und Entartung des geistigen Lebens sowie Zerstörung menschlicher Werte [...] Wenn wir den Stalinismus dauerhaft überwinden wollen, so dürfen wir nicht nur die Tatbestände benennen, wir haben vor allem nach den Ursachen zu fragen ...‘

Und aus diesem Prozess heraus ist für mich nicht erst seit heute klar, eine linke,

eine demokratisch-sozialistische Partei kann, darf und wird undemokratische, diktatorische, totalitäre Herrschaft nicht akzeptieren, verherrlichen oder verharmlosen. Daraus ergibt sich für mich aber auch die Frage, ob die Aufarbeitung der Geschichte zwischen 1945 und 1989 eben allein mit der Bewertung der SED-Diktatur zu bewältigen ist [...]

In einem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Tätigkeitsbericht der Enquetekommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“, heißt es: ‚Vergangenheitsaufarbeitung in den Kategorien Täter und Opfer ist zu eng gefaßt und nicht der Realität angemessen. Die Lebenssituation der meisten Menschen, die in der DDR gelebt und gearbeitet haben, war mehrheitlich dazwischen angesiedelt und bewirkte, daß sie mit dem, was sie gelernt, geleistet und erfahren haben, durchaus Humanität und Menschenwürde im Alltag lebten ... Diese Lebensleistung gilt es anzuerkennen.‘ [...]

Dass die Enquetekommission kein leichtes Unterfangen war, zeigt folgende Reflexion aus der „Berliner Zeitung“ vom 11. April 1996: ‚... Aber nicht nur die PDS, auch die CDU zeigte von Anfang an kein gesteigertes Interesse. Schließlich stand auch die Geschichte der DDR-Blockparteien auf dem Programm.‘ [...]

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Mir ist es völlig egal, ob heutige Verantwortungsträger der CDU FDJ-Propagandisten oder Mit-

glieder der SED waren, vielleicht aus Karrieregründen freiwillig bei der Grenzbrigade „Küste“ oder als Politoffizier gedient haben. Sie aber sollen bitte schön nicht so tun, als ob das alles nur Zwang, Kompromiss oder gar nicht vorhanden war [...]

So ist in einem Artikel in der „Freien Erde“ vom 9. Dezember 1989 über die NDPD, eine der Quellparteien der FDP im Osten, Folgendes zu lesen: ‚Auf der Mitgliederversammlung der NDPD in Altentreptow haben die Parteifreunde klare Standpunkte für die Durchsetzung echter Demokratie bezogen. Die Partei ist für einen Sozialismus als Leistungsgesellschaft in Arbeit und Verteilung.‘

Ein, wie ich finde, interessanter Gedankengang, eine Feststellung, die wiederum verdeutlicht, dass die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte eben nicht nur auf SED-Diktatur, auf SED-Verantwortung und ihre Verantwortungsträger reduziert werden kann [...]

Wenn ich eingangs festgestellt habe, dass wir im Umgang mit der Geschichte der DDR schon einmal weiter waren, will ich [...] auch an den Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS aus dem Jahre 1998 erinnern. Dort heißt es: ‚SPD und PDS ... treten gemeinsam dafür ein, daß sich Menschen in Deutschland versöhnen können. Dies kann nur durch eine wahrheitsgemäße Aufarbeitung der deutschen Geschichte seit 1945 geschehen und nicht durch Verdrängung. Die PDS bekennt sich dazu, daß die SED für politisches Unrecht in der DDR verantwortlich war. Ziel der Aufarbeitung muß es sein, Brücken zu bauen ...‘

Brücken bauen, von diesem Anspruch ist Ihr Antrag, werte Kolleginnen und werte Kollegen der FDP-Fraktion, ein Stück weit entfernt [...].“

Burkhard Lenz, CDU:

„Die Aufarbeitung des SED-Unrechts ist noch lange nicht abgeschlossen“



■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Reese! Meine Herren von der FDP! Die Koalition auf Bundesebene ist ja ein Beleg dafür, dass es zwischen meiner und Ihrer Partei doch durchaus eine Menge Schnittmengen gibt. Dass die Interessen allerdings so weit gehen, dass Sie unsere Parteitagebeschlüsse hier als Landtagsanträge einbringen, das zeugt doch von einer neuen Qualität und fällt sogar der Fraktion DIE LINKE auf. Recht schönen Dank, Herr Ritter.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

Oh, dann nehme ich das sogar weg, Herr Dr. Methling. Vielen Dank dafür, Herr Schnur.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Kollege Schnur, ich kann ja verstehen, dass Sie aufgrund Ihrer politischen Vergangenheit nichts unversucht lassen, uns als CDU zu kompromittieren. Nur, wer im Glashaus sitzt, der sollte doch nicht mit Steinen werfen. Schauen Sie mal auf die Vergangenheit einiger Personen, die zu Ihrer Partei oder auf Mandat Ihrer Partei in politischen Funktionen sitzen!

Aber nun doch zur Sache.

„Kein Ende in der Aufarbeitung der SED-Diktatur“, das spricht natürlich meiner Fraktion aus dem Herzen. Der CDU ist es ein großes Anliegen, das von der SED ver-

ursachte Unrecht ans Licht zu bringen. Unser Parteitagebeschluss ist, denke ich, dazu auch der beste Beleg. Die jungen Leute über das aufzuklären, was damals in der DDR wirklich geschah, ermöglicht ihnen, die freiheitliche Demokratie, in der wir heute leben dürfen, zu schätzen. Freiheit, freie Wahlen und vieles mehr, was heute selbstverständlich erscheint, das haben wir uns vor 20 Jahren erst erkämpft.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Aufarbeitung des SED-Unrechts ist natürlich noch lange nicht abgeschlossen. Das können wir als CDU natürlich auch den Opferverbänden versprechen. Nicht umsonst werden Landtagsabgeordnete in Brandenburg jetzt als Stasi enttarnt. Jetzt aufzuhören, denke ich, und das haben die Vorredner auch gesagt, wäre der total falsche Weg. Darum wird es natürlich auch bei uns im Land weiterhin Stasiüberprüfungen geben.

In der öffentlichen Diskussion werden zurzeit gerne zwei Dinge vermischt: Das eine ist die Stasiüberprüfung und das andere die Ernennung zum Beamten. Grundlage für die Stasiüberprüfung ist allein das Stasiunterlagengesetz. Schauen Sie dort mal in Paragraph 4 Absatz 1, Herr Schnur, da steht, dass Einsicht in die Unterlagen nur dann gestattet werden kann, wenn es das Stasiunterlagengesetz erlaubt oder anordnet. Das macht doch eigentlich klar, wenn das Stasiunterlagengesetz keine Überprüfung vorsieht, findet sie auch nicht statt.

Wenn also Bürgermeister, Abgeordnete oder leitende Beamte überprüft werden sollen, ist ein Ersuchen nach den Paragraphen 20 und 21 an die Behörde zu richten. Daran ändern die Änderungen im Beamtenengesetz überhaupt nichts.

Damit bin ich jetzt beim Beamtenrechtsneuordnungsgesetz angekommen. Dieses Gesetz, das wir vorgestern hier verabschiedet haben, nimmt auf Paragraph 7 des Beamtenstatusgesetzes Bezug. Jeder, der Beamter in Mecklenburg-Vorpommern werden will, muss aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten.

(Stefan Köster, NPD: Amen!)

Da steht es selbstverständlich im Widerspruch, wenn der Bewerber zu DDR-Zeiten für das Amt für Nationale Sicherheit oder das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet hat. Wir als CDU haben das immer wieder betont.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Genauso wie wir nicht wollen, dass aus Amtsstuben rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet wird, wollen wir auch nicht, dass Leute, für die die Menschenrechte nicht schützenswert waren, in die Amtsstuben unserer Gemeinden einziehen.

(Udo Pastörs, NPD: Die definieren dann, was Rechtsextremismus ist, wo es beginnt.)

Wer für die Stasi gearbeitet hat, hauptamtlich oder informell, für den waren die Menschenrechte nicht so wichtig. Und deshalb bestehen Zweifel daran, dass er für die freiheitlich-demokratische Grundordnung auch heute eintritt.

(Udo Pastörs, NPD:

In welcher Form muss er das tun?)

Solche Frauen und Männer können unsere Gesellschaft nicht repräsentieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jeder Dienstherr oder Arbeitgeber ist in diesem Falle gefordert. Ich halte es für selbstverständlich, dass weiter hier bei uns im Land auch Anfragen gestellt werden. Danach ist dann die Prognoseentscheidung nach Paragraph 7 des Beamtenstatusgesetzes zu treffen. Der dabei bestehende Beurteilungsspielraum muss voll ausge-

schöpft werden. Er ist nur beschränkt gerichtlich überprüfbar. Das heißt, der Richter prüft auch nur auf wirklich grobe Fehler, er kann dem Dienstherrn nicht seine Meinung aufdrängen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort speziell zu den Bürgermeistern. Das sind ja die Fälle, die im Augenblick die Öffentlichkeit am meisten interessieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Minister und auch Herr Dr. Timm sind darauf schon kurz eingegangen, das Kommunalwahlgesetz muss natürlich geändert werden. Es ist selbstverständlich nicht sinnvoll, wenn erst jemand gewählt wird, der hinterher doch nicht Bürgermeister werden kann, weil er bei der Stasi gearbeitet hat. Dieser Zustand, das wurde schon gesagt, ist unhaltbar. Das Gesetz muss dem-

entsprechend geändert werden.

(Irene Müller, DIE LINKE:

Das haben alle gewusst.)

Die Wahlausschüsse müssen darüber entscheiden können, ob jemand wegen seiner Stasivergangenheit zur Wahl antreten darf oder nicht. Und für diese Entscheidung muss auch ausreichend Zeit eingeräumt werden. Solche Dinge wie in Schönberg darf es einfach nicht mehr geben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen: Die Stasiüberprüfung geht weiter. Die CDU steht zu ihrem Parteitagsbeschluss und dafür brauchen wir den Antrag der FDP nicht. Deshalb werden auch wir ihn ablehnen. – Danke.“

Stefan Köster, NPD:

„Unterdrücker von damals spielen heute wieder mit“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] Mit einem Entschließungsantrag im November hatte unsere NPD-Fraktion bereits unter anderem gefordert, dass der Landtag Folgendes anerkennt beziehungsweise feststellen möge, zum einen: ‚Anlässlich des 20. Jahrestages des Falls des so genannten ‚antifaschistischen Schutzwalls‘ würdigt der Landtag den Einsatz der Frauen und Männer in der untergegangenen DDR, welche durch ihr mutiges und entschlossenes Handeln die kommunistische Diktatur zum Einsturz brachten. Sie haben – trotz Inkaufnahme von härtesten Strafen, Verfolgung und persönlichen Nachteilen, wie Kindesentzug und Berufs-

verboten – für die Freiheit und Einheit Deutschlands gekämpft‘, sowie: ‚20 Jahre nach dem Mauerfall sind die Freiheitsrechte immer noch nicht verwirklicht. So wird den Vertretern der nationalen Opposition der Zugang zu den Massenmedien unter dem Deckmantel der Demokratie verweigert. Freie Wahlen werden verhindert, indem systemkritischen Kandidaten der Antritt zu Bürgermeister- und Landratswahlen in Mecklenburg-Vorpommern verwehrt wird.‘

Denn gerade weil das SED-Unrechtsregime so viele Bürger überwacht, bespitzelt, ver-

folgt, gequält, eingesperrt und auch ermordet hat, müssen wir wachsam sein, wachsam sein auch deshalb, weil immer mehr Unterdrücker von damals heute wieder mitspielen, stellenweise gar den Takt vorgeben [...]

Sie, meine Damen und Herren, nennen sich selbstverliebt Demokraten und unterlassen kaum eine Gelegenheit, dieses immer und immer wieder besonders betonen zu müssen, sind aber in Wirklichkeit nichts anderes als Gegner der Einigkeit, des Rechts und der Freiheit unseres Volkes. Wir Nationalisten stellen uns Ihnen entgegen, damit unsere Kinder und Kindeskinde und somit unser Volk eine Zukunft haben. [...]“

Hans Kreher, FDP:

„Die Wiederholung alter Fehler verhindern“

Foto: Cornelius Kettler



■ „[...] Meine Damen und Herren, es geht bei diesem Antrag nicht [...] nur um die Vergangenheit. Wenn wir heute darüber sprechen [...] geht es vor allem um die Zukunft unseres Landes. Dann geht es vor allem auch darum, dass wir eine Wiederholung alter Fehler verhindern. [...]

Meine Damen und Herren, wenn man in der DDR gelebt hat, dann war man entweder von diesem Staat äußerst überzeugt, oder man war wie ich von seinem Elternhaus dazu erzogen worden, dass dies auf keinen Fall der Staat ist, den man unterstützen kann. Und in diesem Widerspruch bin ich bei meinen Eltern aufgewachsen.

Ich habe 1953 erlebt. Ich habe 1960/61 erlebt, als man in der Landwirtschaft viele unserer Nachbarn zwangskollektivierte hat. Ich hatte 1961 bereits meinen Koffer gepackt, weil mein Vater gesagt hatte: ‚In diesem Staat wirst du auf keinen Fall Lehrer!‘ [...]

1961 [...] war plötzlich die Mauer dicht. Ich hatte mich vorher nicht zur Nationalen Volksarmee freiwillig gemeldet. Ich konnte erst mal nicht studieren. Und dann war es gut, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Da habe ich viel gelernt. Dann bin ich doch – obwohl ich wusste, das will ich eigentlich nicht in diesem Staat – Lehrer geworden. [...] allein dieser Widerspruch, in einem Staat Lehrer zu sein, etwas zu vermitteln, was nicht voll meiner Überzeugung entsprach. [...] Ich stand in einem ständigen Widerspruch. [...]

Es war eine schwierige Zeit. [...] Darüber kann man heute überheblich sprechen, was wir unter dieser Situation alles hätten tun können. Das war nicht so einfach. [...] Ich war nach wie vor Christ. Und dann stehen Sie weiter in einem Widerspruch.

1969, nach dem Prager Frühling, den ich mit den Priesterstudenten in Prag miterlebt hatte, habe ich gedacht: Was nun? Und dann bin ich in die LDPD eingetreten, in einer naiven Hoffnung, vielleicht doch

etwas zu machen. [...]

Ich habe [...] nicht daran geglaubt, dass dieser Sozialismus der Humanismus unserer Zeit wäre, wie es in LDPD-Büchern stand. [...]

Und insofern, [...] habe ich auch in der Wende gesagt, ich war schuldiger als manch anderer, weil ich eigentlich wusste, dass das nicht richtig ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen [...] uns auch solche Dinge erzählen, denn sonst kann man das nicht verstehen, in welchem Widerspruch wir zum Teil gelebt haben. [...] Wir müssen wissen, was es bedeutet, in einer solchen Diktatur zu leben. Nur dann können wir die Zukunft richtig gestalten, und nur dann wissen wir, was wir an unserer Demokratie haben [...].“

Anmerkung

Die Redebeiträge der Abgeordneten in der Plenardebatte am 18. Dezember 2009 wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt der Reden und zugunsten der besseren Lesbarkeit wurde die Mehrzahl der vielen Zwischenrufe weggelassen.

Der FDP-Antrag wurde bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, der CDU und der NPD sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE und einer Stimmenthaltung vonseiten der SPD abgelehnt.

[Drucksache 5/3014](#)

Der CDU-Abgeordnete Dr. Armin Jäger hat sich nicht an der Abstimmung beteiligt und gab entsprechend Paragraph 96 der Geschäftsordnung im Anschluss hierzu eine Erklärung ab.

Die Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages lesen.
www.landtag-mv.de
(Plenarprotokollauszüge)

Die EU-Kommission zu Gast im Landtag

Neuer Leiter der Vertretung in Deutschland stellt sich dem Europa- und Rechtsausschuss vor

■ Im vorweihnachtlich verschneiten Schwerin hat sich der neue Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, Matthias Petschke, am 17. Dezember 2009 im Landtag vorgestellt. Im Anschluss an ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei berichtete Petschke im Europa- und Rechtsausschuss über seine Arbeitsschwerpunkte der EU-Kommissionsvertretung.

Neben der Wahrnehmung der Frühwarnfunktion durch politische Berichterstattung von und nach Brüssel über aktuelle Entwicklungen, Trends und Probleme seien die Kommunikation zu Europa vor Ort in Zusammenarbeit mit dem Bund, die Bildung von strategischen Partnerschaften mit den einzelnen Ländern und die Medienarbeit wichtige Aufgabengebiete der

EU-Kommissionsvertretung. Die Kommissionsvertretung werde stärker als bisher in der politischen Berichterstattung aktiv sein, Frühwarnmeldungen sowie Hintergrundberichte frühzeitig herausgeben. Das Angebot, dem Europa- und Rechtsausschuss bei Bedarf Informationsmaterial über europapolitische Themen zur Verfügung zu stellen, wurde durch den Ausschuss gern angenommen. Darüber hinaus beabsichtige die EU-Kommissionsvertretung, die Landesparlamente verstärkt zu unterstützen bei der Verfolgung ihrer Anliegen in Europa. Besonders wichtig sei es, über europäische Themen vorurteilsfrei und zutreffend zu berichten – was nicht immer selbstverständlich sei. Beispielsweise sei viel zu wenig bekannt, dass die wesentlichen Entwicklungen im Verbraucherschutz auf europäische Rechtsakte zurückzuführen seien. Den



Foto: Georg Stratker

Matthias Petschke (r.), neuer Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, und Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages M-V.

Bürgern sollte klar vor Augen geführt werden, was Europa ihnen an Vorteilen bringe. Es müsse daher stärker das Positive der EU-Themen unterstrichen und vor Ort kommuniziert werden, um den Bürgern Europa verständlicher zu machen. Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, Detlef Müller, beglückwünschte Matthias Petschke zur Übernahme der verantwortungsvollen Aufgabe und machte deutlich, dass der Ausschuss gern bereit sei, seine Rolle als wichtiger Ansprechpartner der Landespolitik für die Europäische Union in Mecklenburg-Vorpommern aktiv wahrzunehmen.

Kreisgebiets- und Funktionalreform

Viertägige Anhörung im Innenausschuss

■ Nachdem am 16. Juli 2009 der Landtag in einer ersten Lesung die Gesetzentwürfe der Landesregierung zur künftigen Neuordnung der Kreisstrukturen sowie zur Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen beraten hatte, verständigte sich der Innenausschuss darauf, eine umfassende schriftliche Anhörung über den Sommer durchzuführen. Anfang Dezember 2009 fand an insgesamt vier Tagen das mündliche Anhörungsverfahren statt.

Auf der Grundlage der gefertigten Zwischenberichte über die schriftliche Anhörung gaben im Rahmen der öffentlichen Anhörung von insgesamt 104 eingeladenen Anzuhörenden 75 ihre mündlichen Stellungnahmen zu den Gesetzentwürfen

der Landesregierung ab. Die Fraktionen hatten neben den Vertretern der kreisfreien und kreisangehörigen Städte, Landkreise sowie Gemeinden auch Interessenverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Einzelsachverständige sowie Wissenschaftler als Anzuhörende benannt.

Der Vorsitzende des Innenausschusses, Dr. Gottfried Timm, meint: „Die Anwesenden haben auf wichtige Punkte bei der Kreisgebiets- und Funktionalreform hingewiesen, und es hat eine konstruktive Diskussion stattgefunden. Schade war allerdings, das 29 eingeladenen Anzuhörende an der mündlichen Debatte zu diesen wichtigen Gesetzentwürfen nicht teilgenommen haben.“

Im Wesentlichen hat die Anhörung ergeben, dass die Notwendigkeit einer Reform außer Frage steht. Unterschiedlichste An-

Enquete-Kommission

Der Vorsitzende der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ des Landtages, Heinz Müller, ist am 8. Januar zum Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion gewählt worden. Den Kommissionsvorsitz hat er daraufhin zum 27. Januar niedergelegt. Am 28. Januar wird der Landtag voraussichtlich über die Nachfolge entscheiden. Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU haben Martina Tegtmeyer (SPD) als neue Vorsitzende der Enquete-Kommission vorgeschlagen.

sichten gibt es jedoch bei der Konzeption. Außerdem wurde gerade bei der Aufgabenübertragung noch Potenzial gesehen. Nach der Auswertung der Ergebnisse der mündlichen und schriftlichen Anhörung zur Kreisgebiets- und Funktionalreform wird voraussichtlich die abschließende Beratung der Gesetzentwürfe in den Ausschüssen im ersten Halbjahr 2010 erfolgen.

Keine unendliche Geschichte

Interview mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider
zum Bauen am Schweriner Schloss



Sylvia
Bretschneider

■ **Im Sommer hat das Schloss als Mittelpunkt und Blickfang der BUGA Millionen Schwerin-Besucher begeistert. Dass die Bauarbeiten auch in dieser Zeit weitergingen, haben viele gar nicht bemerkt. Was wurde denn 2009 gemacht?**

Wir haben natürlich im Blick gehabt, das Schloss zur BUGA möglichst gut und ohne Baugerüste zu präsentieren. Die Sanierung der Außenfassaden war bis Ende 2008 abgeschlossen, und der neue Besuchereingang im Südportal sowie die Außenbeschilderung des Schlosses wurden pünktlich zur BUGA fertig. Die Kaimauer wurde instand gesetzt und erhielt den historisch nachgewiesenen Farbanstrich. Dadurch wirken Schlossinsel und Schloss als Komplex, und es entsteht der Eindruck, als wäre das Schloss im Wasser erbaut worden.

Während der BUGA lag der Schwerpunkt der Bauarbeiten im Innenhof. Hier wurden Fassaden und Fenster saniert, Terrakotten restauriert bzw. neu angefertigt, Risse verputzt, die Flachdächer über dem 4. Obergeschoss einschließlich der Balustrade saniert und Figuren restauriert. Als vor Weihnachten die Gerüste fielen, waren alle begeistert von dem tollen Ergebnis!

Wie steht es um die Stabilisierung der Fundamente?

Die Nachgründung des Schlosses ist fast abgeschlossen. Es steht bald wieder auf sicheren Füßen. Jetzt haben wir mit der Nachgründung des linken Hauptportalturmes begonnen. Dies ist zugleich der Beginn für den Umbau der Hauptpforte.

Was hat das alles gekostet?

Insgesamt haben wir in den Jahren 2008 und 2009 am Schloss 12,87 Millionen Euro verbaut. Damit sind seit 1990 rund 100 Millionen investiert worden! Dabei wurden etwa drei Viertel der Gesamtsumme für die Nachgründung und die Sanierung der Fassaden, Fenster, Türme und Dächer aufgewendet. Ich denke, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass der 1990 beschlossene Einzug des Landtages die Rettung für das Schweriner Schloss war!

Und wie geht es 2010 weiter?

Im Innenhof geht die Arbeit mit der Sanierung der Fassaden und der Obotritentreppe weiter. Die schon 2009 begonnene Sanierung der Schornsteine und der Flachdächer wird abgeschlossen, ebenso die Nachgründung am linken Hauptportalturm und der Umbau der Hauptpforte. Außerdem beginnen wir mit der Restaurierung der Terrakotten im Medaillonsaal. Für den Ausbau des Tiefkellers und der Westbastion zum Besucherzentrum mit zentraler Toiletten- und Garderobenanlage wurden die Entwurfspläne erstellt. Auch bei der Anstrahlung des Schlosses kommen wir weiter voran. 2010 soll es hierzu einen Planungswettbewerb und eine Teilrealisierung geben. Das Geld dafür stammt ausschließlich aus Spenden, die von der IHK-Unternehmerinitiative „Blickpunkt Schloss“ und dem Landtag im Rahmen von Schlossführungen zusammengetragen wurden, sowie aus Zuwendungen der Stiftung „Lebendige Stadt“.

Was passiert in den Museumsbereichen?

Mit Bundesmitteln aus dem Programm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ in Höhe von

Auch die Figur Johann Albrechts I. an der Innenhoffassade des Schlossgartenflügels erstrahlt in neuem Glanz.



Fotos: Claudia Richter



Der sanierte Uhrenturm zwischen dem Haus über der Schlossküche und dem Schlossgartenflügel.

500.000 Euro konnten 2009 Planungen für die künftige Nutzung der Silberkammer und des Weinlaubsales als Museumsräume erstellt werden. Im Weinlaubsaal wurden bereits statische Sicherungen an den Gewölben durchgeführt. Für die Fortführung der Restaurierung in der Hofdornitz wurde ein Konzept entwickelt.

2013 wird die Schlosskirche 450 Jahre alt. Welche Baumaßnahmen sind hier bis zum Jubiläum geplant?

2010 soll die Ausführungsplanung für eine umfassende Restaurierung der Schlosskirche erfolgen, so dass wir ab 2011 mit den Arbeiten beginnen können. Bis zum Jubiläum sollen die konstruktiven Bauteile, die durch erhebliche Setzungen zum Teil stark geschädigt sind, statisch gesichert werden. Auf der Agenda stehen außerdem die Restaurierung der Fenster, die Erneuerung der Elektroanlage, der Einbau einer Heizungsanlage, die Wiederherstellung der Wandfassungen des Jahres 1863, die Restaurierung des Kunstgutes, der

Ausstattung und der Orgel, die Instandsetzung der Unterkirche und die Einbindung der Kirche in die Sicherheitsanlagen. Dank der Spenden aus der Aktion „Kauf Dir deinen Stern vom Himmel“ konnte bis Weihnachten schon der Eingang behindertengerecht umgestaltet werden.

Wie viele Sterne haben denn schon Paten gefunden? Und gibt es eine besonders nette Geschichte hinter dem symbolischen Sternen-Erwerb?

Bisher wurden 3.419 Sterne verkauft und fast 190.000 Euro eingenommen. Ein Stern strahlt jetzt auch für Michael Jackson, den eine Hamburger Verehrerin für den „King of Pop“ gestiftet hat. Die Aktion geht weiter – es sind noch rund 5000 Sterne zu haben!

Immer wieder wird gefragt: Wann ist das Schloss einmal fertig?

Die Schlosssanierung ist keineswegs eine unendliche Geschichte! Nach jetzigem

Planungsstand soll die Grundsanierung der Außenhülle einschließlich der Nachgründung bis 2014 abgeschlossen werden. Sanierungen in den Innenbereichen des Schlosses, wie in der Schlosskirche schon begonnen, müssen jedoch auch nach 2014 fortgeführt werden. Dass regelmäßige Bauunterhaltsmaßnahmen erforderlich sind, versteht sich von selbst.

In der Diskussion ist auch der Umbau bzw. der Neubau eines Plenarsaals. Wie ist hier der Stand der Dinge?

Dass die jetzige Situation unbedingt verbessert werden muss, darüber besteht bei allen Fraktionen Einigkeit. Der Landtag hat Geld in den Haushalt für 2010 eingestellt, um konkrete Vorplanungen für Um- bzw. Neubau des Plenarsaals zu ermöglichen. Diese sollen dann die Grundlage für eine endgültige Entscheidung bilden. Ich hoffe, dass diese 2010 fällt.

Viele Leute möchten gern zusätzlich zum Besuch des Schlossmuseums einen Blick hinter die Kulissen des Schlosses als Landtagsitz werfen. Welche Möglichkeiten gibt es dafür?

Um die Arbeit des Landtages in diesem einmaligen Parlamentsgebäude kennenzulernen, können sich Gruppen über unseren Besucherdienst anmelden. An Plenarsitzungstagen gehört zum Programm auch eine Hospitation auf der Besuchertribüne des Plenarsaales. Auf Wunsch laden wir auch Abgeordnete zum Gespräch ein. Wer sich vor allem für einen Rundgang durch nicht öffentliche Schlossbereiche interessiert, für den gibt es das Angebot „Von Keller bis zur Kuppel“. Für diesen etwa eineinhalbstündigen Rundgang erheben wir einen Teilnahmebeitrag, der der Sanierung des Schlosses zugute kommt. Und wie in jedem Jahr lädt der Landtag auch 2010 wieder zu einem Tag der offenen Tür ein: den 12. September sollten sich alle Interessenten schon mal in ihrem Kalender eintragen.

Am 11. Januar hatte der Landtag wieder Sternsinger aus vielen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns ins Schweriner Schloss eingeladen, um ihnen für ihr Engagement im Rahmen der Aktion Dreikönigssingen zu danken. Die Kinder hatten zum Jahreswechsel in ihren Heimatorten Geld für Notleidende Kinder in aller Welt gesammelt. An dem 1959 vom Kinderhilfswerk der Katholischen Kirche initiierten Dreikönigssingen beteiligen sich mittlerweile auch viele evangelische Gemeinden. In diesem Jahr stand die Aktion unter dem Motto „Kinder finden neue Wege“.

(Adressfeld für Abonnenten)



Fotos: Angelika Lindenbeck

